

Philippinen

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	20
Polizei und andere Sicherheitskräfte	21
Diversität in den Sicherheitskräften	23

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	25
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	25
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	26
Innere Lage im Empfängerland	30
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	33
Bedrohung von Alliierten	34
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	35
Unerlaubte Wiederausfuhr	37
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	38

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die philippinische Rüstungsindustrie ist insbesondere auf die Produktion von Klein- und Leichtwaffen sowie Munition für die eigene Armee und den Export spezialisiert; die Regierung unternimmt jedoch seit einigen Jahre gezielte Anstrengungen das Land von ausländischen Lieferungen unabhängiger zu machen und baut daher die Kapazitäten der eigenen Rüstungsindustrie über eine Vielzahl von strategischen Kooperationen immer weiter aus.

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2025) nahmen die Philippinen zwischen 2020 und 2024 die 27. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. In diesem Zeitraum war Südkorea wichtigster Rüstungslieferant, gefolgt von Israel, den USA, der Türkei und Deutschland. Die Philippinen sind ein regelmäßiger, wenn auch kein bedeutender, Empfänger deutscher Rüstungsgüter. In der Regel werden jährlich lediglich Güter im Wert von unter einer Millionen Euro ausgeführt; in Ausnahmefällen (2018 und 2020) werden Exportvolumina im niedrigen zweistelligen Millionenbereich erreicht. Immer wieder wurden auch Rüstungsexporte an das Land abgelehnt, in der Regel unter Verweis auf die Kriterien zwei (Achtung der Menschenrechte), drei (Innere Lage im Empfängerland) und sieben (Risiko der Abzweigung).

Seit 2007 oszilliert die philippinische Sicherheitspolitik, je nach amtierendem Präsidenten, zwischen Hinwendung zu den USA und zu China. So kündigte zuletzt Rodrigo Duterte im Jahr 2020 bspw. eines von drei wichtigen und historischen Kooperations-Abkommen, das „Armed Forces Visiting“-Abkommen, mit den USA auf. Trotz der pro-chinesischen Politik des ehemaligen Präsidenten Duterte erhöhten sich also nach wie vor die Spannungen im südchinesischen Meer und das Land hält nach wie vor Militärmanöver mit den USA ab. 2023 startete die letzte Modernisierungsphase (Horizon 3), die bis 2028 laufen soll. Prioritäten liegen dabei auf der Stärkung der Marine und der Luftwaffe.

Das Heer hat bei der Bekämpfung Aufständischer eine besondere Rolle. Daher ist die Ausstattung eher auf Flexibilität und Mobilität ausgelegt. Der allgemeine Zustand des philippinischen Heeres ist jedoch trotz vergangener Modernisierungsbemühungen eher schlecht. Die philippinische Marine ist besonders mit schnellen Patrouillenbooten und Amphibienfahrzeugen, die der Geografie des Landes gerecht werden, ausgestattet. Nach der neuen Sicherheitsstrategie kommt der maritimen Sicherheit bzw. der Sicherung der maritimen Interessen eine größere Rolle zu. Dementsprechend zielt die Modernisierungsinitiative auf die Küstenverteidigung und die Verbesserung der maritimen Fähigkeiten ab. Die Luftwaffe befindet sich allgemein in einem desolaten Zustand und auch die Servicekapazität ist als schlecht zu bewerten, ist aber – wie die Marine – Objekt des Modernisierungsprogramms.

Unter der Präsidentschaft von Duterte zwischen 2016 und 2022 kam es zur systematischen Verfolgung und rechtswidriger Tötung von Menschen durch die nationale Polizei. Duterte kündigte schon in seinem Wahlkampf einen „war on drugs“ und eine Verfolgung von Drogensüchtigen an. Während seiner Amtszeit kam es nach Polizeiangaben zur Tötung von 7.000 und nach Angaben von NGOs, die auch vermummte Erschießungskommandos miteinbeziehen, zur Tötung von 30.000 Menschen – teils auch von Minderjährigen. 2023 nahm der Internationale Strafgerichtshof das Ermittlungsverfahren bezüglich der Tötungen im Rahmen der Antidrogen-Kampagne gegen die Regierung der Philippinen wieder auf und 2024 wurden

rund 900 Polizist:innen als Folge unrechtmäßigem Handeln aus dem aktiven Dienst entlassen und weitere rund 2.700 Beamt:innen erhielten dienstliche Sanktionen. Trotzdem ist das Vertrauen in die Polizei dem World Value Survey (2017- 2020) zufolge hoch.

Die philippinischen Streitkräfte (AFP) nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der philippinischen Gesellschaft ein. Trotz ihrer geringen militärischen Kapazität sind die AFP eine zentrale Machtstütze der Regierung. Die anhaltend starke Verschränkung zwischen Militär und Gesellschaft geht auf die Zeit von Ferdinand Marcos zurück. Auch unter der Regierung Duterte spielte das Militär eine gewichtige innenpolitische Rolle. So wurde die Rolle des Militärs im „Krieg gegen die Drogen“ ausgeweitet und auch zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingesetzt. Mit 77 Prozent erreicht das Militär einer Umfrage des World Value Survey 2017-2020) zufolge hohe Vertrauenswerte.

Nach Angaben der AFP dienten 2025 rund 15.000 Frauen in den Streitkräften. Sie stellen damit etwa 10 % des militärischen Personals. Bei UN-Friedensmissionen stellen die Philippinen 16 Frauen unter insgesamt 29 entsandten Militärangehörigen und erreichen damit einen Anteil von 55 %. Im Jahr 2009 hoben die Philippinen das Verbot für offen homosexuelle und bisexuelle Männer und Frauen auf, sich bei den Streitkräften zu bewerben und dort zu dienen. Seit 2017 gestattet das Land auch Transgender-Personen den Militärdienst.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Hinsichtlich der EU-Exportkriterien für Militärtechnologie zeichnet sich auf den Philippinen ein problematisches Bild ab. Im Zuge der jahrzehntelang andauernden Konflikte wurden die beteiligten Parteien, sowohl die Regierung als auch die zahlreichen Sezessionsbewegungen, immer wieder massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. Insbesondere beim Kampf der Regierung gegen die kommunistischen Gruppierungen kam es wiederholt zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen.

Die größten Menschenrechtsprobleme auf den Philippinen betreffen außergerichtliche Tötungen mutmaßlicher Drogendealer:innen durch nationale, regionale und lokale Beamt:innen. Weitere gravierende Menschenrechtsverletzungen umfassen Folter und Misshandlung von Häftlingen durch Sicherheitskräfte, Gewalt gegen Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen sowie das Verschwindenlassen von Personen und Vertreibungen.

Besonders betroffen sind die Menschen in der Region Mindanao, in der seit 1972 ein Konflikt zwischen der Regierung und separatistischen Rebell:innen ausgetragen wird und beide Parteien zahlreiche Menschenrechtsverbrechen, wie Massentötungen, begangen haben. Ab 2012 führten Präsident Benigno Aquino und die Rebell:innengruppe MILF Friedensverhandlungen, die 2014 in einem Friedensabkommen mündeten. Vier Jahre später verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das der muslimischen Bevölkerung Mindanaos weitreichende Autonomie gewährte und die „Autonome Region Bangsamoro“ schuf.

Auf den Philippinen haben 18 % der Frauen, die in einer Partnerschaft leben, in ihrem Leben mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner erfahren; 12 % erlebten diese Gewalt im Jahr 2022. Seit 2004 stellt der Staat mit dem Republic Act Nr. 9262 („Anti-Violence Against Women and Their Children Act“) diese Gewalttaten gegen Frauen und Kinder im Rahmen intimer Beziehungen ausdrücklich unter Strafe. Der philippinische Kongress hat jedoch bislang kein Gesetz verabschiedet, das Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen

ausdrücklich verbietet. Ebenso fehlt ein Gesetz zu zivilen Partnerschaften, das gleichgeschlechtlichen Paaren spezifische Rechte einräumt.

Die Anti-Terror-Operationen, die häufig durch die USA unterstützt wurden, haben in den letzten Jahren zu einer Schwächung der Abu-Sayyaf-Gruppe (ASG) geführt, konnten die Gruppe jedoch nicht zerschlagen. Dennoch bleiben die grundlegenden Ursachen des Konflikts – wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem katholischen Norden, mangelnde Chancengleichheit, fehlende Bildungsmöglichkeiten sowie sozioökonomische und machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen – weiterhin ungelöst.

Die Filipinos und Filipinas befinden sich in einer angespannten Weltregion, die zahlreichen Konfliktarten ausgesetzt ist, welche die allgemeine Stabilität bedrohen: die Gefährdung der Seewege durch Piraterie, aufstrebender islamistischer Terrorismus und zahlreiche innerstaatliche Konflikte. Das wohl größte zwischenstaatliche Konfliktpotenzial besteht im ungelösten Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln, die von Brunei, der Volksrepublik China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Problematisch ist, dass mit Ausnahme von Brunei alle anderen Staaten Teile des Inselarchipels besetzt halten und so eine Lösung erschweren. Die USA, die dem regionalen Hegemonieanspruch Chinas entgegenwirken wollen, verstärken zunehmend ihr Engagement in der Region und setzen dabei verstärkt auf die Philippinen als Partner.

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.470 US-Dollar gelten die Philippinen als „lower-middle income country“. Aufgrund stabiler BIP-Wachstumsraten könnte das Land in naher Zukunft aber zu einem „upper-middle income country“ aufsteigen. Der Staat weist keine außergewöhnlich hohe Auslandsverschuldung oder besondere Abhängigkeiten (etwa von Entwicklungsgeldern oder speziellen Wirtschaftssektoren) auf. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig diversifiziert, wettbewerbsfähig und als relativ krisenfest. Soziale Stressoren sind wenig ausgeprägt. Vulnerabel sind die Philippinen jedoch in Bezug auf Naturkatastrophen. Auch die soziale Entwicklung liegt mit einem HDI-Wert von 0,720 am unteren Ende der Klasse der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben sind mit 5,1 % bzw. 3,6 % am BIP nicht als besonders hoch – im Vergleich mit den ebenfalls niedrigen Militärausgaben (1,3 %) aber auch nicht als unangemessen niedrig. Im Globalen Militarisierungsindex belegt das Land somit den 123. Platz und gilt somit als sehr schwach militarisiert.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

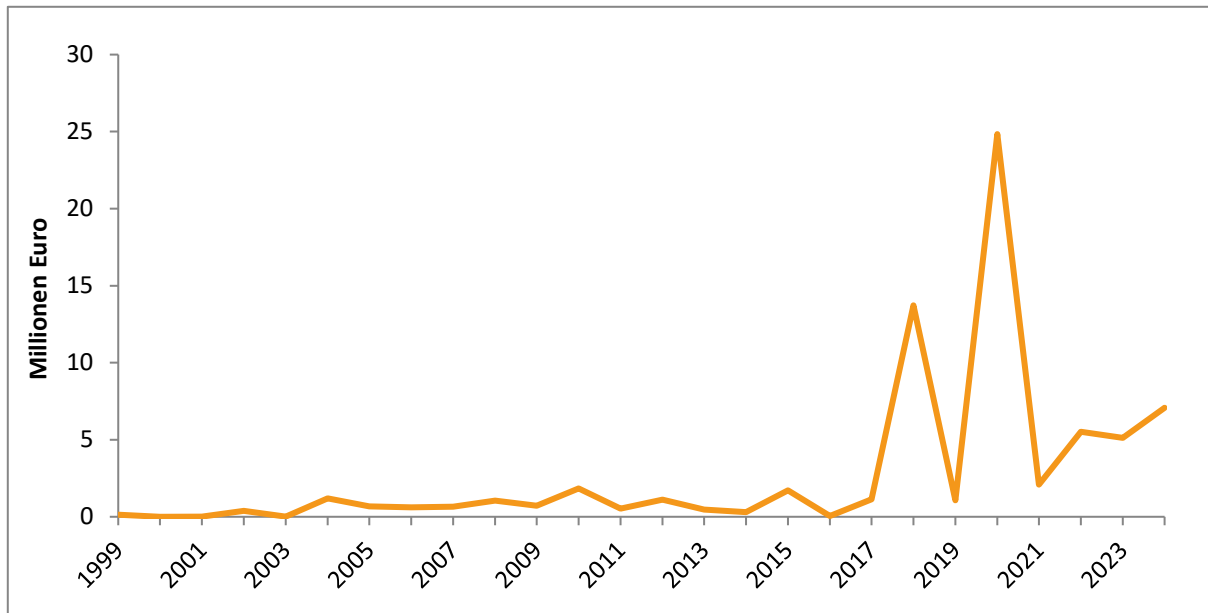
Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver und Pistolen: 100%	0,13
2000	Revolver und Pistolen: 100%	0,0002
2001	Sportpistolen und -revolver: 100%	0,0025
2002	Übungsschießgeräte und unterkalibrige Übungsmunition: 94,3%	0,38
2003	Panzerplatten: 100%	0,02
2004	Navigationssysteme, inkl. -teile: 81,9% Übungspatronen: 13,3%	1,2
2005	Trainingsflugzeuge: 53% Geländewagen: 39,5%	0,67
2006	Geländewagen: 85,3%	0,61
2007	Gewehre, Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre, Pistolen, Sportgewehre, Schalldämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre, Maschinengewehre: 100%	0,65
2008	Maschinenpistolen, Pistolen: 85%	1,06
2009	Sekundärradarsystem: 97,3% Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen: 65,5% Teile für elektronische Ausrüstung: 33,6%	0,71
2010	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 53,3% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Schalldämpfer und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen: 34%	1,84
2011	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer: 75,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 9,3%	0,53
2012	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 58% Übungspatronen für Artillerie- Trainingssystem: 36,8%	1,11
2013	Munition für Waffenübungsgeräte: 91,9%	0,47
2014	Teile für Transportflugzeuge und Hubschrauber: 77,9% Mörser-Trainingssysteme: 21,8%	0,31
2015	Teile für Kampflugzeuge und Transportflugzeuge: 91,9%	1,72

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 78,5% Teile für Transportflugzeuge: 11,8%	0,06
2017	Fallschirme und Teile für Hubschrauber, Fallschirme: 73,2% Teile für Zielerfassungssysteme: 24,3%	1,13
2018	Zielerfassungssysteme, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme: 73,0% Elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung: 26,4%	13,73
2019	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 62,7% Teile für Abfeuerausrüstung: 30,2%	1,08
2020	Flugkörper und Teile für Flugkörper: 65,2% Unterwasserortungsgeräte und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 27,5%	24,84
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 48,4% Teile für Kampfschiffe: 43,1%	2,08
2022	Scheinzielpatronen: 69,8 % Elektronische Ausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung: 28,4 %	5,51
2023	Elektronische Identifizierungsausrüstung (inkl. Testausrüstung) [See-/Luftraumüberwachung]: 43,5% Elektronische Identifizierungsausrüstung: 39,8%	5,125
2024	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung	7,07

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1**Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024****Kommentar**

Die Philippinen sind ein regelmäßiger, wenn auch kein bedeutender, Empfänger deutscher Rüstungsgüter. In der Regel werden pro Jahr lediglich Güter im Wert von unter einer Millionen Euro ausgeführt; in Ausnahmefällen (2018 und 2020) werden Exportvolumina in niedrigen zweistelligen Millionenbereich erreicht. Deutschland ist für die Philippinen allerdings ein wichtiger Lieferant. Ausgeführt wurden in den letzten zehn Jahren u. A: Teile für Transportflugzeuge und Hubschrauber (2014), Teile für Kampfflugzeuge und Transportflugzeuge (2015), Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung (2016), Fallschirme und Teile für Hubschrauber (2017), Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung sowie Verschlüsselungsausrüstung (2019), Teile für gepanzerte Fahrzeuge (2021), Scheinzielpatronen (2022) und Elektronische Identifizierungsausrüstung bzw. Elektronische Identifizierungsausrüstung (2023). Mit einem Gesamtwert von 13,73 bzw. 24,84 Millionen fallen die Jahre 2018 und 2020 aus dem üblichen Rahmen. In diesen Jahren wurden Zielerfassungssysteme, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme bzw. Flugkörper und Teile für Flugkörper sowie Unterwasserortungsgeräte und Teile für Unterwasserortungsgeräte geliefert. SIPRI zufolge handelte es sich bei den Flugkörpern um AIM-9L/I Sidewinder.

Immer wieder wurden zuletzt auch Rüstungsexporte an das Land abgelehnt; in der Regel unter Verweis auf die Kriterien zwei (Achtung der Menschenrechte), drei (Innere Lage im Empfängerland) und sieben (Risiko der Abzweigung). So verweigerte die Bundesregierung 2020 fünf Ausfuhren im Wert von 33.919 Euro, 2021 eine Ausfuhr mit unbekanntem Volumen und 2022 insgesamt drei Ausfuhren im Wert von knapp einer Millionen Euro.

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland an die Philippinen 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
5	Bell-205/UH-1D	Hubschrauber	(2013)	2013	5	Gebraucht
4	MAN-8LX27/38	Dieselmotor	2014	2016-2017	4	Neuwertig
8	MTU-1163	Dieselmotor	(2017)	2020-2021	8	Neuwertig
(130)	AIM-9L/I Side-winder	Kurzstrecken-Luft-Luftrakete	(2017)	2019-2020	(130)	Neuwertig
2	TRS-3D	Luft-/Meeressuchradar	(2017)	2020-2021	2	Neuwertig
(3)	Hunter	Radar zur U-Boot-Abwehr	2019	2023	(1)	Neuwertig
(20)	MTU 8V199-TE20	Dieselmotor	2021	2022-2023	(10)	Neuwertig
2	MT883Ka	Dieselmotor	2021	2022	2	Neuwertig
4	MAN-8LX27/38	Dieselmotor	(2022)			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen an die Philippinen 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	350	331	280	125	238	1323

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

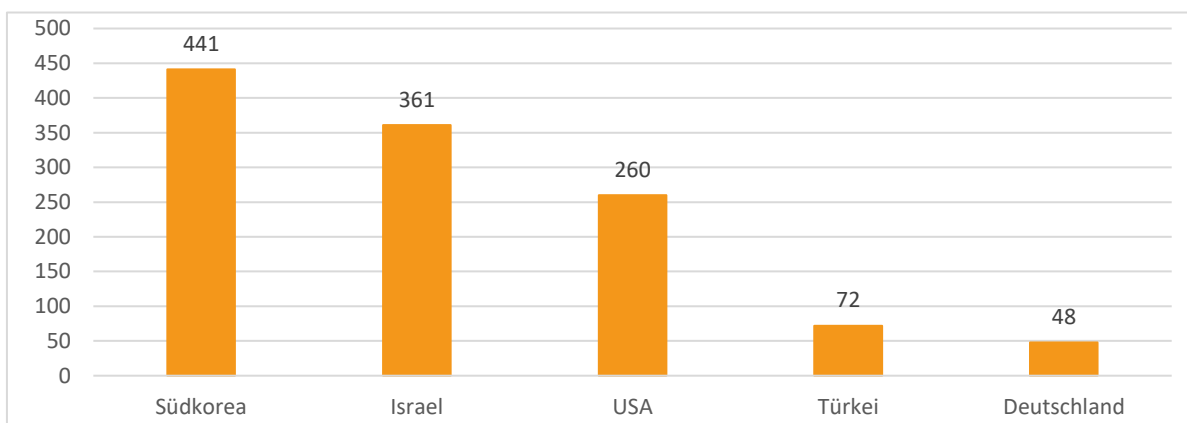
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen an die Philippinen 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	24	16	1	7		48

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juli 2025) nahmen die Philippinen zwischen 2020 und 2024 die 27. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. In diesem Zeitraum war Südkorea wichtigster Rüstungslieferant der Philippinen, gefolgt von Israel, den USA, der Türkei und Deutschland. Südkorea nahm speziell im Hinblick auf maritime Rüstungsgüter eine Sonderrolle ein, die USA lieferten vornehmlich Ausrüstung für die Luftfahrt. Deutschland lieferte vornehmlich Munition, Marinetechnik und Motoren an die Philippinen.

Aus **Südkorea** bezog das Land insbesondere Schiffe und Waffensysteme für die Marine. So erhielten die Philippinen 2021 eine zweite Korvette der Pho Hang Klasse (Schenkung und gebraucht), um die Offshore Combat Force (OCF) der philippinischen Marine zu stärken. Zwischen 2020 und 2021 wurden im Zuge des „Deep Water Patrol Vessel Programme“ zwei Fregatten des Typs HHI-2600 (Wert: 311 Mio. USD) importiert. Zusätzlich überreichte Südkorea den Philippinen – wieder als Schenkung – ein gebrauchtes Landungsschiff des Typs LCU-1610. Darüber hinaus lieferte Südkorea 15 C-STAR (Schiffsabwehrraketen) sowie 12 K-745 Torpedos sowie seit 2015 insg. 12 Kampfflugzeuge vom Typ FA-50 und acht gepanzerte Mannschaftstransporter.

Aus **Israel** erhielten die Philippinen bspw. neun Hermes-900 und vier -450 Drohnen, zwei neuwertige Merkava-AVLB-Brückenlegepanzer, 15 gebrauchte M-106A3-Mörserfahrzeuge (auf 122 mm umgerüstet) sowie zwölf neue ATMOS-2000-Haubitzen (155 mm, Deal: 47 Mio. USD). Im Rahmen des „Fast Attack Interdictor Craft-Missile“-Programms wurden fünf Shaldag-Mk-5-Patrouillenboote (ca. 1,8 Mio. USD) und vier weitere Shaldag-Raketenboote (Lizenzbau in den Philippinen, Lieferung bis 2024) beschafft. Für das „Light Tank Acquisition Project“ (172 Mio. USD Deal) bestellte Manila 18 Sabrah-Panzer (erste neun bis 2023 geliefert) sowie fünf UT-25/UT-30-Türme für einen spanischen ASCOD- und vier belgische M-113A2-Schützenpanzer. Zudem wurden drei SPYDER-MR-Luftabwehrsysteme (125 Mio. USD) inkl. je 125 I-Derby-ER- bzw. Python-5-Raketen geliefert. Daneben erhielten die Philippinen diverse weitere Raketen und verschiedene Radarsysteme.

Zwischen 2020 und 2024 waren die **USA** der drittgrößte Rüstungslieferant der Philippinen und lieferten vor allem Luftwaffenausrüstung. 2020 kamen vor allem Lenkwaffen: Wahrscheinlich jeweils 100 neuwertige WGU-59 APKWS Luft-Boden-Raketen und 100 BGM-71 TOW-Panzerabwehrraketen (letztere als Unterstützung gestiftet) sowie die letzten Exemplare von 125 AGM-65 Maverick für FA-50-Kampfflugzeuge. Die USA schenkten 2018 und 2021 sechs bzw. acht ScanEagle-2 Drohnen an die Philippinen (Wert: rund 30 Mio. USD). Zudem lieferten die USA zwei EDO-997 Anti-U-Boot-Sonaren (zur Integration in zwei südkoreanische HHI-2600-Fregatten) und bisher 26 von 48 geordneten S-70i Black Hawk aus polnischer Produktionslinie (im Wert von 867 Mio. USD) im Rahmen des CUH-Programms. Daneben erhielten die Philippinen seit 2016 vier C-130H Hercules Transportflugzeuge, drei Cessna-208 Caravan (leichte Transportflugzeuge, teilweise aber als Aufklärer), drei gebrauchte Patrouillenboote (Cyclone und Hamilton) sowie 114 gepanzerte Mannschaftstransporter (M-113), eine Reihe erschiedener Motoren und Triebwerke.

An vierter Stelle der wichtigsten Rüstungslieferanten lag zwischen 2020 und 2024 die **Türkei**. Dies ging auf die Lieferung sechs Kampfhelikopter (T-129B ATAK) inkl. 150 CIRIT Luft-Boden-Raketen (Deal über 270 USD), sowie jeweils sechs Pionierpanzer (Kunduz) und Schützenpanzer-Türme (Saber; zur Modifikation von philippinischen ACV-300) zurück.

An **fünfter Stelle lag Deutschland im aktuellen Zeitraum**, aus welchem die Philippinen vor allem Material für die Marine bezogen. Zum Einbau in zwei südkoreanische Rizal-Fregatten lieferte Deutschland zwischen 2020 und 2021 acht MTU 12-V-1163 Dieselmotoren und zwei TRS-3D Luft-/Seesuchradare. Seit 2019 lieferte Deutschland außerdem 130 AIM-9L/I Sidewinder Kurzstrecken Luft-Luft-Raketen für den Einsatz auf F/A-50 Kampfflugzeugen, drei Hunter-Anti-U-Boot-Radare sowie 26 weitere Motoren, u.a. zum Einbau in israelische Sabrah-Panzer und Merkava-Brückenlegepanzer sowie eine indonesische Landungsplattform.

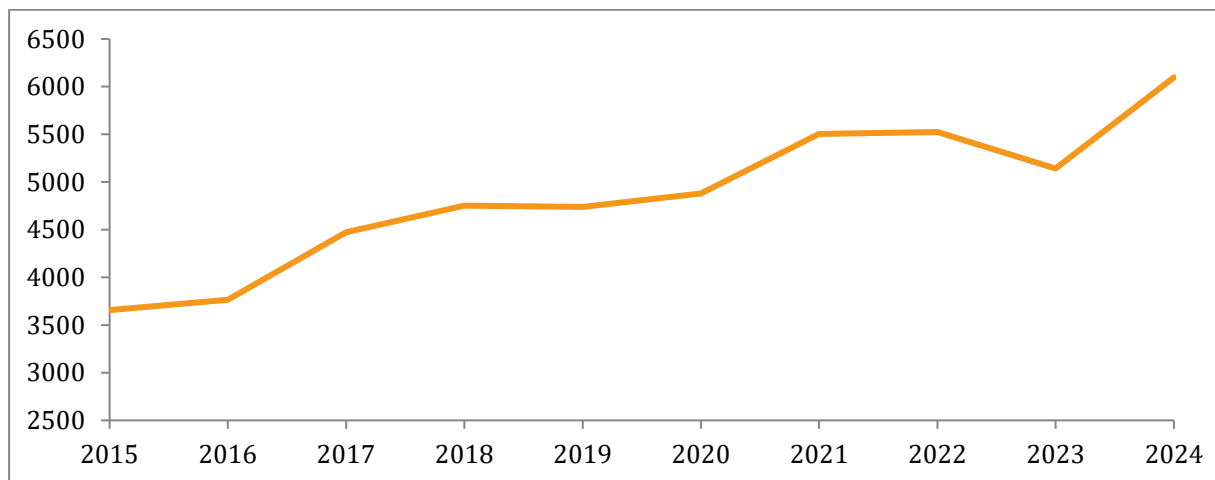
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

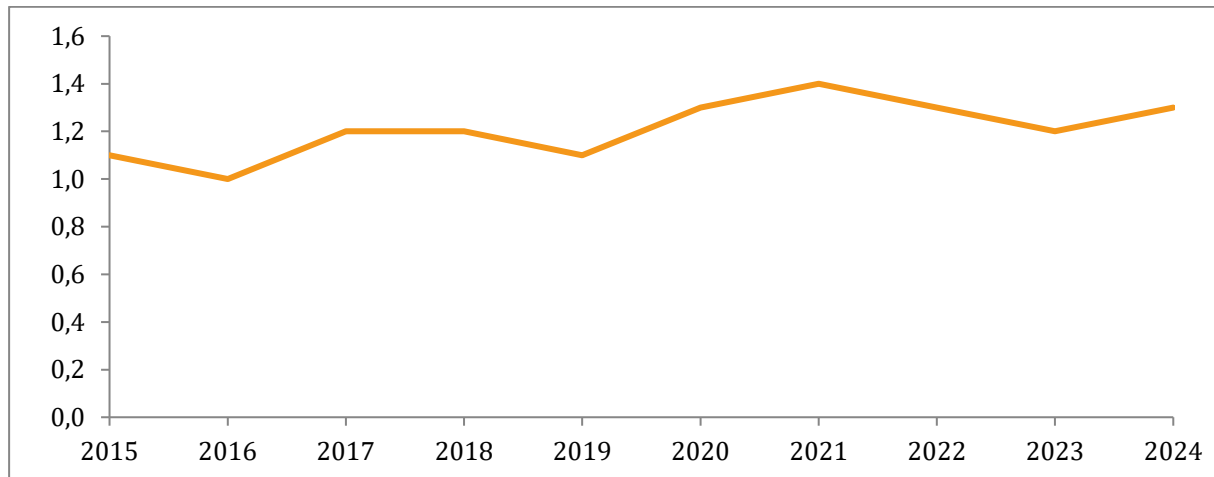
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4879	5505	5524	5143	6097
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,4	1,3	1,2	1,3
Anteil an Staatsausgaben: (in Prozent)	5,0	5,2	5,1	4,8	5,4

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die philippinische Rüstungsindustrie ist insbesondere auf die Produktion von Klein- und Leichtwaffen sowie Munition für die eigene Armee und den Export spezialisiert; die Regierung unternimmt jedoch seit einigen Jahren gezielte Anstrengungen das Land von ausländischen Lieferungen unabhängiger zu machen und baut die Kapazitäten der eigenen Rüstungsindustrie über eine Vielzahl von strategischen Kooperationen immer weiter aus.

Hier sind beispielsweise die Unternehmen Armscor Global Defense Inc., die Floro-Unternehmensgruppe und Government Arsenal zu nennen. Daneben wurde jedoch auch der gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ SIMBA vom britischen Unternehmen GKN Defence Ltd. in Lizenz produziert, was verdeutlicht, dass die Kapazitäten zum Teil auch über den Klein- und Leichtwaffenbereich hinausgehen. Bereits im Juni 2006 wurden neue Anstrengungen der philippinischen Regierung deutlich, die Rüstungsindustrie unabhängiger und die philippinischen Teilstreitkräfte weniger abhängig von äußeren Versorgungen (Munition, Waffen und militärische Fahrzeuge) zu machen. Im Zuge dessen unterzeichneten vier staatliche Stellen ein „Memorandum of Understanding“, das zum Ziel hat, Anstrengungen zu bündeln und die staatliche Rüstungsindustrie eigenständig zu machen. 2021 wurde außerdem eine verstärkte Kooperation im Bereich Offshore-Patrouillenschiffen mit Thailand und eine Reihe weiterer Kooperationen bekannt, bspw. mit Indien und Polen. Im selben Jahr kündigten die Philippinen an, etwa sieben bis acht Militärgelände (etwa in Fort Bonifacio, Camp Evangelista und Maguindanao) in verteidigungsindustrielle Komplexe umwandeln zu wollen. 2024 wurde der Beschluss kodifiziert. Diese als „Special Defence Economic Zones“ bezeichneten Komplexe sollen mithilfe von Steuer- und Zollerleichterungen ausländische Firmen dazu anregen, in die philippinische Verteidigungswirtschaft zu investieren und Standorte auf

den Philippinen zu eröffnen. Erste Unternehmen bekundeten auch bereits ihr Interesse an Niederlassungen (wie etwa Unternehmen aus Russland, Israel und Südkorea). Als Hauptstandort wird als Flaggschiffprojekt das Government Arsenal Defence Industrial Estate (GADIE) genannt, welches sich auf dem Militärgelände Camp Gen. Antonio in Limay (Bataan) befindet.

Mithilfe israelischer Rüstungskoooperation und der Produktion der Blue Horizon Drohne in Singapur konnte die philippinische Armee die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in dem Bereich unbemannte Überwachungsflugzeuge in den letzten Jahren zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Seitdem produziert die heimische Rüstungsindustrie Drohnen, die jedoch eine kürzere Einsatzzeit haben. Darüber hinaus ist eines der technisch versierten Unternehmen in Asien, FBMA Marine Inc., in den Philippinen ansässig, das u. a. das moderne Boot Lider (Sea Slice), mit technischer Unterstützung vom US-amerikanischen Verteidigungsunternehmen Lockheed Martin, produziert. Hinzu kommen noch Herma Shipyard Inc. sowie Keppel Philippines Inc. die als Rüstungsproduzenten im Marinesektor auftreten und die philippinischen Streitkräfte beliefern. Es bestehen außerdem strategische Partnerschaften mit Werften im Ausland, wie Hyundai Heavy Industries aus Südkorea, welche eine neue Generation an Hochseepatrouillenbooten für die Philippinen entwickelt. Diese neuen Schiffe sollen auch ein Zeichen in Richtung China setzen, da es im südchinesischen Meer und der Straße von Luzon zu zunehmenden Spannungen kommt.

Die Philippine Aerospace Development Corporation baute zudem in jüngster Zeit eine Vielzahl kleinerer Helikopter sowie Flugzeuge für die Streitkräfte und verfügt über umfassende Wartungs- und Überholungsfähigkeiten. Die Bandbreite der produzierten Waffen reicht dabei von Eigenherstellungen über modifizierte Waffentypen bis hin zu unter Lizenz produzierten Waffen. 2019 wurde das Unternehmen vom Verkehrsministerium in das Verteidigungsministerium überführt.

Über den Philippine Defense Industry Development Act (Pdida) – zu Deutsch das Gesetz zur Entwicklung der philippinischen Verteidigungsindustrie – welches im Juni 2023 verabschiedet wurde, soll die Abhängigkeit von Rüstungslieferungen aus dem Ausland ebenfalls gezielt reduziert werden. Hintergrund sei – nach Angaben von Senatspräsident Zubiri – die Schlacht um Marawi im Jahr 2017, in welcher sich Regierungstruppen lange Gefechte gegen islamistische Kräfte geleistet hatten und die Regierung um Waffen und Munition betteln müssen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

146.250 aktiv, davon:

Heer: 103.200

Marine: 25.450

Luftwaffe: 17.600

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 30.700

Reserve: 131.000, davon:

Gendarmerie & Paramilitärische Reserve: 50.000 bis einschließlich 49 Jahre

Küstenwache: 30.700

Einheiten von regionalen bewaffneten Zivilist:innen: 50.000 Reservist:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	125	125	142,4	142,4	143,1	145,3	145,3	146,2	146,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Ban

Kommentar

Seit 2002 sind die philippinischen Streitkräfte weitestgehend abhängig von US-Militärhilfe, die zur Bekämpfung des Terrorismus dient, insbesondere gegen die Abu Sayyaf Gruppe. Die US-Militärhilfe diente den Philippinen zur Beschaffung neuer Rüstungsgüter und zum Training der eigenen Streitkräfte und tut dies teilweise auch heute noch. Seit 2007 oszilliert die philippinische Sicherheitspolitik jedoch, zwischen einer Hinwendung zu den USA bzw. zu China. So kündigte zuletzt Rodrigo Duterte im Jahr 2020 bspw. eines von drei wichtigen und historischen Kooperations-Abkommen, das „Armed Forces Visiting“-Abkommen, mit den USA auf. Zwei weitere wichtige Abkommen (der „Mutual Defense Treaty“ und das „Enhanced Defense Cooperation Agreement“) bleiben zwar bestehen, verlieren aber ohne die Kopplung an das AFV ihre Wirkung hinsichtlich einiger wichtiger Vertragsbestandteile.

Zeitgleich steckt das Land in einer Zwickmühle, denn China verletzt regelmäßig auch die ausschließliche Wirtschaftszone der Philippinen und wird damit in den Augen vieler Filipinos und Filipinas als Bedrohung wahrgenommen. Zeitgleich erhöhten sich trotz der pro-chinesischen Politik durch den ehemaligen Präsidenten Duterte die Spannungen im Südchinesischen Meer. Die Philippinen halten nach wie vor regelmäßig Militärmanöver mit den USA ab.

Die Verteidigungsstrategie 2018-2022 sah organisatorische Änderungen vor, wie die Einrichtung eines Special Operation Command, welchem künftig alle Spezialeinheiten unterstehen sollen, dem Ausbau von Fähigkeiten zur U-Boot-Abwehr oder die Schaffung einer Weltraumbehörde. Die in der vorigen Verteidigungsstrategie identifizierten politischen Prioritäten, einschließlich der Sicherung der Souveränität und territorialen Integrität, wurden zu zentralen Sicherheitsprioritäten in der Verteidigungsstrategie 2023-2028 erklärt. Das

Dokument signalisiert frühe Stufen einer Reorientierung von interner Sicherheit hin zu territorialer und externer Verteidigung. Außerdem wurden die nationalen maritimen Interessen, einschließlich im Südchinesischen Meer, hervorgehoben. 2018 begann die zweite Fünfjahresphase (Horizon 2) des 15-jährigen Modernisierungsprogramms (RAFPMP), welches noch bis 2028 andauern wird. Diese umfasst Beschaffungspläne von gepanzerten Fahrzeugen, Luftüberwachungsradaren, Patrouillenbooten und langfristig von Lufttransport- sowie Seefernaufklärungsflugzeugen. 2021 wurden Mittel in Höhe von 252 Millionen US-Dollar freigegeben. Große Anschaffungen sollen auch ein bodengestütztes Luftverteidigungssystem, leichte Transportflugzeuge und leichte Panzer darstellen. Insgesamt wurden für die zweite Modernisierungsphase 5,6 Milliarden US-Dollar angekündigt. 2023 startete die letzte Modernisierungsphase (Horizon 3), die bis 2028 laufen soll. Prioritäten unter dem Modernisierungsprogramm schließen Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr und Seefernaufklärer, Drohnen, Fregatten sowie Luftabwehr- und Küstenverteidigungssysteme. Einige dieser Bestrebungen fielen bereits unter Horizon 2.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	26	
Schützenpanzer	54	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	395	
Bergepanzer	Mehr als 5	
Artillerie	Mehr als 287	
Panzerabwehr	Einige	Rückstoßfreie Abschussgeräte (M20, M67, M40A1)
Transportflugzeuge	6	
Transporthubschrauber	5	
Drohnen	Einige	Aufklärungsdrohnen (Blue Horizon und Skylark-3)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Dem Heer kommt bei der Bekämpfung Aufständischer eine besondere Rolle zu. Daher ist die Ausstattung eher auf Flexibilität und Mobilität ausgelegt. Der allgemeine Zustand des philippinischen Heeres ist jedoch als unzureichend zu bewerten. In der Vergangenheit wurde

das Heer besonders bevorzugt behandelt, da dringend verbesserte Kapazitäten bei der Bekämpfung des Terrorismus und anderen separatistischen Gruppen notwendig waren.

Die schweren Waffen im Besitz des Heeres sind überwiegend veraltet. So werden immer noch sieben aus dem Vereinigten Königreich im Jahre 1977 gelieferte FV101 Scorpion-Spähpanzer eingesetzt. Ursprünglich befanden sich 41 Panzer in den Beständen des Heeres. Aus den USA wurden 1967 bis 1981 65 M113A1 geliefert. Insgesamt befinden sich 76 in den Beständen des Heeres, hiervon fungieren heute 34 als Schützenpanzer, weitere 42 werden als gepanzerte Mannschaftstransporter genutzt. Auch diese gelten als veraltet. Unter den 272 im Dienst des Heeres befindlichen Artilleriesystemen können lediglich die 12 aus Israel gelieferten 12 ATMOS 2000 als modern bezeichnet werden.

In jüngster Zeit kam es allerdings zu einigen Neuanschaffungen und Bestellungen, wie etwa 16 S-70i und weiteren Helikoptern, 19 Sabrah Panzern, sowie einer großen Anzahl an Luft-Luft-, Boden-Luft- und Lenkraketen.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	2	
Patrouillenboote	54	
Davon Korvetten	1	
Amphibienfahrzeuge	21	
Logistik und Unterstützung	5	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

14 Transportflugzeuge

2 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

12 Transporthubschrauber (2 davon bewaffnet)

Marineinfanterie:

42 gepanzerte Mannschaftstransporter

67 Amphibienfahrzeuge

Mehr als 37 Artilleriegeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die philippinische Marine ist besonders mit schnellen Patrouillenbooten und Amphibienfahrzeugen, die der Geografie des Landes gerecht werden, ausgestattet. Nach der neuen Sicherheitsstrategie (2023-2028) kommt der maritimen Sicherheit bzw. der Sicherung der maritimen Interessen eine größere Rolle zu. Dementsprechend zielt die Modernisierungsinitiative Horizon 3 (2023- 2028) auf die Küstenverteidigung und die Verbesserung der maritimen Fähigkeiten ab.

Der im Juli 2012 erneut eskalierte Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln mit China veranlasste den damaligen philippinischen Präsident Benigno Aquino, zu verkünden, neue Schiffe zu beschaffen. Seitdem wurde die Marine deutlich verstärkt – ist aber in der Region immer noch zu den eher kleinen Seestreitkräften zu rechnen. Beim Ausbau der Marine kooperiert das Land eng mit Südkorea, welches etliche gebrauchte Schiffe als Schenkung übergab. So etwa 2019 eine Korvette der Pho Hang Klasse und 2021 ein gebrauchtes Landungsschiff des Typs LCU-1610. Eine deutliche Ausweitung der maritimen Fähigkeiten bedeutet die Lieferung von zwei von Hyundai Heavy Industries (HHI) produzierten zwei Fregatten des Typs HHI-2600. Im Jahr 2017 begannen die Seestreitkräfte außerdem, trilaterale Patrouillen mit Indonesien und Malaysia zur Bekämpfung regionaler terroristischer Aktivitäten durchzuführen. Anfang 2025 führten Schiffe der philippinischen Marine Übungen im südchinesischen Meer gemeinsam mit der US-Marine und den Seestreitkräften Japans durch, da sich die Philippinen Zunehmens durch chinesische Operationen bedroht fühlen. Auch zu Verletzungen der philippinischen Küstenzonen ist es bereits gekommen. Das Nachrichtenportal [Al Jazeera](#) berichtet von zunehmenden Aggressionen zwischen beiden Seiten. Beide Seiten sollen bereits Schiffe der anderen Partei gerammt haben. Der Konflikt besteht um Inselgebiete im südchinesischen Meer bzw. im westphilippinischen Meer, auf die China jedoch Anspruch erhebt. Mutmaßlich aufgrund der dort befindlichen Vorräte an natürlichen Ressourcen, die China zu kontrollieren anstrebt.

Daher planen die Philippinen zur weiteren Verstärkung ihrer Marine zudem die Beschaffung von zwei bis drei U-Booten. Diskutiert wird dabei unter anderem ein Angebot aus Frankreich, welches durch die Naval Group vorgelegt wurde und die Lieferung von zwei modernisierten Booten der Scorpenes Klasse sowie die Renovierung der Marineoperationsbasis Subic für die U-Boote umfasst. Verhandlungen werden derzeit aber auch mit dem südkoreanische Unternehmen Hanwha Ocean (über die Lieferung von Booten des Typs KSS-III PN) und dem spanischen Unternehmen Navantia (über die Lieferung von Booten des Typs S-80) geführt. Im April 2025 stieg ebenfalls ein Zusammenschluss aus dem italienischen Rüstungsunternehmen Leonardo und dem deutschen Rüstungshersteller ThyssenKrupp Marine Systems in die Ausschreibung mit ein und boten der philippinischen Marine ihr U212 NFS (Near Future Submarine) an, welches laut der beiden Hersteller Tarnung, Ausdauer und Feuerkraft vereint.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	12	
Aufklärer	6	Davon 3 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Mehr als 38	Davon mehr als 13 kampffähig
Transportflugzeuge	Mehr als 22	Davon 2 C-130T als Seefernaufklärer eingesetzt, davon 3 Passagierflugzeuge
Kampfhubschrauber	8	
Mehrzweckhubschrauber	38	
Transporthubschrauber	Mehr als 34	10 davon nicht einsatzfähig
Drohnen	16	Aufklärungsdrohnen (Blue Horizon II; Hermes 450 und Hermes 900)
Raketen	Einige	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die Luftwaffe befindet sich allgemein in einem desolaten Zustand und auch die Servicekapazität ist als schlecht zu bewerten, ist aber – wie die Marine – Objekt eines Modernisierungsprogramms (Horizon 3).

Derzeit besteht die Luftflotte der Philippinen aus insgesamt 28 kampffähigen Flugzeugen und acht Kampfhubschraubern. Das Rückgrat der Flotte bilden 12 Jagdbomber des Typs FA-50PH. Welche zwischen 2015 und 2017 aus Südkorea importiert wurden. Ergänzt werden diese durch drei bewaffnete Aufklärungsflugzeuge: Ein OV-10A bzw. zwei OV-10C Bronco und durch mehr als 13 bewaffnete Trainingsflugzeuge diverser Typen (sechs EMB-314 Super Tucano; mindestens drei S-211 sowie vier SF-260TP).

Neben diesen Starrflüglern befinden sich eine Vielzahl unterschiedlicher Hubschrauber im Dienst der philippinischen Luftwaffe. Neben zwei aus amerikanischer Produktion stammenden AH-1 Cobra setzt die Luftwaffe wesentlich auf türkische T129B Kampfhubschrauber, von denen die philippinische Luftwaffe insgesamt sechs in ihren Beständen hat. Zusätzlich betreibt die Luftwaffe ebenfalls bewaffnete Mehrzweckhubschrauber des Typs AW109E.

Zum Ausbau der Transportkapazitäten wurden im Jahr 2009 acht polnische PZL W-3 Sokol Hubschrauber im Wert von 64 Millionen US-Dollar bestellt, deren Auslieferung Ende 2011 begann und Mitte 2012 abgeschlossen war. Von den ursprünglich acht Hubschraubern befinden sich 2025 nur noch sieben in den Beständen der Luftwaffe. Bereits 2010 erhielten die Philippinen fünf gebrauchte UH-1H aus den USA, die sehr wahrscheinlich ebenfalls vorher umfassend modernisiert wurden. Davon befinden sich wahrscheinlich noch mehr als drei in den

Beständen. Zehn weitere UH-1H sind wahrscheinlich nicht einsatzbereit. Kürzlich (2021) wurden diese alternden Maschinen um 15 S-70i Black Hawk ergänzt, die der polnischen Produktionslinie entstammen. Stand 2025 wurden diese um insgesamt sechs weitere ergänzt, sodass sich insgesamt 21 Black Hawk in den Beständen der philippinischen Luftwaffe befinden.

Ob dieser begrenzten Fähigkeiten ist die philippinische Luftwaffe bemüht diese durch den Einsatz von Drohnen zu verbessern. So wurden in den letzten Jahren etwa zwei Blue Horizon II bis zu vier Hermes 450 und neun Hermes 900 beschafft.

Im April 2025 wurde bekannt, dass die philippinischen Luftstreitkräfte insgesamt 20 F-16 Jagdflugzeuge aus den USA kaufen, eine entsprechende Genehmigung wurde durch das US-Department of State bestätigt.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

49 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

3 Transportflugzeuge

2 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Küstenwache operiert unter dem Kommando des Ministeriums für Transport und Kommunikation und wird als maritime Strafverfolgungsbehörde angesehen. Durch die Auslagerung der Küstenwache aus der Marine kam es zu einer höheren Effektivität bei der Aufstandsbekämpfung und der Kontrolle der Küstengewässer. Dabei beziehen sich die Aufgaben der Küstenwache als Strafverfolgungsbehörde auf die Bekämpfung von Schmuggel, illegaler Fischerei, Drogenschmuggel und Piraterie. Diesen Aufgaben entspricht auch die technische Ausrüstung. In den vergangenen Jahren konnte die Küstenwache einige wenige Hubschrauber anschaffen und mit Hilfe ausländischer Unterstützung (Japan) zu Rettungshubschraubern umrüsten. Diese sollen hauptsächlich zur Rettung Schiffbrüchiger dienen. Doch die Küstenwache übernimmt auch Aufgaben im Bereich des Küstenschutzes und führt Patrouillen durch, um philippinische Küstengewässer zu beschützen und philippinische Interessen zu verteidigen. Dies führt unter anderem auch dazu, dass die Küstenwache in den Konflikt mit China einbezogen wird. Im Juli 2025 eskortierten philippinische Boote der Küstenwache ein mutmaßlich chinesisches Spionageschiff aus den umstrittenen Gewässern nachdem zu diesem kein Kontakt hergestellt werden konnte.

Box 4

Peacekeeping

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 6 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 2 Soldat:in

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die philippinischen Streitkräfte (AFP) nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der Gesellschaft ein. Trotz ihrer geringen militärischen Kapazität und der unzureichenden Ausstattung, die sie zu einer der schwächsten Militärs in der Region macht, sind die AFP eine zentrale Machtstütze der Regierung. Ferdinand Marcos, Präsident der Philippinen von 1965-1986, machte die vormals unpolitischen Streitkräfte zu einem wichtigen politischen Akteur. Dazu berief er zahlreiche Personen aus seiner Heimatprovinz in die höchsten Ränge der Armee und sicherte sich so die Loyalität. Darüber hinaus erkaufte er sich mit großzügigen Budgetzuweisungen, von denen viele Militärs direkt profitierten, die Unterstützung. So stieg zwischen 1971 und 1983 die Zahl der Soldat:innen von 58.000 auf mehr als 140.000. In diese Zeit fiel auch die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Region Mindanao, die eine symbolische Beziehung zwischen dem Militär und Marcos entstehen ließ. Zeitgleich stieg sein langjähriger Freund Fabian Ver zum Direktor des Inneren Sicherheitsnetzwerkes auf und wurde so zu einem wichtigen politischen Entscheidungsträger. Auf den unteren Kommandoebenen war es den Militärs möglich, die Wirtschaft mit Hilfe eines umfangreichen Patronagenetzwerkes zu ihren Zwecken auszubeuten.

Insbesondere die fehlende Professionalität innerhalb des Militärs, in dem Loyalität mehr als die eigentliche Ausbildung zählte, führte auf zwei Ebenen zu einer kritischen Rolle innerhalb der Gesellschaft. Einerseits wurden später viele Angehörige der AFP von Marcos mit Posten in der Regierung oder zivilen Einrichtungen bedacht. Andererseits führte auch die fehlende Professionalität innerhalb der Streitkräfte zu einer Brutalisierung der Aufstandsbekämpfung, die dazu auch noch sehr ineffektiv war. Die Folge war, dass zahlreiche Menschenrechtsgruppen dem Militär vorwarfen, bei der Bekämpfung der kommunistischen und muslimischen Aufstände zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen zu haben. In Folge der Zersplitterung innerhalb des Militärs kam es zu einer militärischen Revolte, die Marcos zwingen seine Präsidentschaft wegen massiver Wahlfälschung niederzulegen. Mit dem Ende seiner Herrschaft 1986 und der Verabschiedung einer neuen Verfassung, wurden die AFP unter zivile Kontrolle gestellt. So wurde etwa eine Kommission für Menschenrechte geschaffen, Polizei und Militär voneinander getrennt und die Unvereinbarkeit von aktivem Militärdienst und aktiver Ausübung von politischen Ämtern beschlossen. Obwohl die einzelnen Teilstreitkräfte dem Verteidigungsministerium unterstellt sind, ist der:die Präsident:in der Philippinen doch zu jeder Zeit Oberbefehlshaber:in.

Bis 1991 gab es weitere Versuche, die damalige Präsidentin Aquino abzusetzen. Erst als sich zahlreiche Rebell:innenführer:innen 1991 ergaben und es zu Verhandlungen zwischen Militärs und Rebell:innengruppen kam, war die Gefahr eines Putsches zunächst gebannt. Sowohl unter Ramos (1992–1998) als auch unter Arroyo (2001–2010) stützte man sich aber wieder auf die Einbindung von (ehemaligen) Militäroffizier:innen in Beratungs-, Kabinetts- und Verwaltungsposten. Dieses System hatte jedoch seinen Preis, mussten sich beide Seiten doch regelmäßig die Loyalität der anderen erkaufen. Im Jahr 2001 demonstrierte die Armee ihre politische Macht, etwa indem sie dem damaligen amtierenden Präsidenten Estrada die

Unterstützung entzog und keine 24 Stunden danach die Vizepräsidentin Arroyo als Präsidentin einsetzte. Das Militär ließ verlauten, sie vertrete den Willen der Bevölkerung und beende die Korruptionspolitik. Einmal mehr machten die Streitkräfte somit deutlich, dass sie ein zentraler politischer Akteur auf den Philippinen sind. Jedoch putschen die Militärs nicht nur, sondern sie stützen die Präsident:innen auch nachhaltig, bis hin zur Wahlmanipulation. So wie 2004, als sich Arroyo erneut das Amt sichern konnte.

Während das Militär zur Bekämpfung des anhaltenden kommunistischen Aufstandes sowie terroristischer Bedrohungen eingesetzt wird und teilweise zivile Aufgaben übernehmen muss, sind Teile der Armee jedoch stark zersplittert. Es gibt immer wieder Gruppen innerhalb des Militärs (Reformist:innen), die versuchen, Korruption zu bekämpfen und das Patronagesystem zu beenden. Die Verankerung des Militärs und die Unzufriedenheit einiger innerhalb des Systems werden aber an den politischen Aktivitäten einiger Soldat:innen deutlich, wie das Beispiel des Marineleutnant Trillanes zeigt. Obwohl kein Wahlkampf möglich war, wurde er 2007 zum Senator gewählt, was verdeutlicht, wie sehr die Grenzen zwischen Militär und Politik verschwimmen. Das Militär ist nach wie vor extrem politisiert und es gab in kaum einem anderen Land der Region mehr Putschversuche als auf den Philippinen. Über viele Jahre, gestützt von vielen Präsident:innen, etablierte sich das Militär also als Elite des Landes und festigte so seine Position innerhalb der Gesellschaft.

Auch unter der Regierung Duterte (2016–2022) spielte das Militär eine gewichtige innenpolitische Rolle. So wurde die Rolle des Militärs im „Krieg gegen die Drogen“ ausgeweitet und auch zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie eingesetzt. Der erneut starke Einfluss des Militärs wird einerseits als Erosion der Demokratie kritisiert, andererseits von vielen befürwortet. So erreicht das Militär einer Umfrage des Social Weather Station mit 79 Prozent hohe Vertrauenswerte (Stand: 2019) und erlangt auch im Befragungszeitraum 2017-2022 des World Value Survey rund 77 Prozent Vertrauen. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Machtkonsolidierung des Militärs unter Duterte zunahm. Nichtsdestotrotz sicherte sich das Militär unter Marcos Jr. Auch dessen Unterstützung zu.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,3	1,4	1,4	1,3	1,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Seit 1991 besteht auf den Philippinen die Nationale Polizei (PNP). 2019 betrug der Personalumfang Berichten zufolge ca. 191.000 Personen. Sie ist mit allen Strafverfolgungs- und Polizeiaufgaben auf nationaler und lokaler Ebene betraut. Bis zur Gesetzesänderung im Dezember 1990 unterstand die Polizei dem Verteidigungsministerium. Mit der Gesetzesänderung wurde die Nationale Polizei gegründet und dem neu strukturierten Ministerium für Innere und Lokale Angelegenheiten unterstellt. Damit entstand rechtlich eine zivile Behörde unter ziviler Kontrolle, die in ihrem Wesen aber weiterhin militärische Züge aufweist. Bis heute bestehen in der Nationalen Polizei, wie auch in der Vorgängerorganisation, der philippinischen Gendarmerie (Philippines Constabulary), ähnliche Probleme: Starke Politisierung und Militarisierung sowie weit verbreitete Korruption.

Im Jahr 2003 wurde eine Reform der Polizei beschlossen. Das Integrated Transformation Program lief von 2005 bis 2015. Ziel des internen Reformprogramms war die Verbesserung der Ausstattung, der medizinischen Versorgung und der Glaubwürdigkeit der Polizei sowie eine Anhebung der Löhne. Die Reform konzentrierte sich auch auf eine bessere Ausbildung und Bildung der Polizeibeamt:innen sowie auf einen transparenten Beförderungsprozess. Die weiterhin weit verbreitete Korruption und dauerhafte Budgetzwänge standen jedoch nicht auf der Reformagenda. Berichten zufolge hat das durchaus ambitionierte Programm bis heute keines der Probleme umfassend gelöst.

Der philippinische Geheimdienst (National Intelligence Coordinating Agency – NICA) führt offene und verdeckte Operationen unter dem Motto „Wissen ist Sicherheit“ durch. Er ist direkt dem:der Präsident:in unterstellt und wird durch ein nationales Geheimdienstgremium kontrolliert. NICA ist insbesondere im Anti-Terrorkampf involviert und steht in engem Kontakt zu ausländischen Geheimdiensten, wie dem US-amerikanischen CIA und dem israelischen Mossad. Im Jahr 2005 wurde der Geheimdienst ebenfalls mit Gegenspionage beauftragt. Ein Jahr später folgte die Eröffnung des nationalen maritimen Überwachungs- und Aufklärungszentrums (NMARSC), das unter Aufsicht des Geheimdienstes und mit Hilfe von Drohnen, die Luftaufklärung verbessern soll.

Unter der Aufsicht des Justizministeriums arbeitet das National Bureau of Investigation (NBI), das mit Fällen von nationaler Bedeutung betraut ist. Das Büro unterhält einen eigenen Geheimdienst sowie Spezialkräfte, die für den Anti-Terrorkampf und den Kampf gegen organisierte Kriminalität eingesetzt werden.

Die Civilian Armed Force Geographical Units (CAFGU) sind von der philippinischen Regierung gegründete Einheiten zur Unterstützung staatlicher Sicherheitsorganisationen und privater Unternehmen. Die Regierung in Manila folgt damit einem regionalen Trend zur Entwicklung halbstaatlicher/halbprivater Sicherheitsakteure. Die CAFGU, mit ihren 50.000 Personen, sind aktive Hilfseinheiten, die unter Kontrolle des Militärs und der Polizei stehen und bei Bedarf die entsprechenden Sicherheitsorganisationen unterstützen können. Sie stehen jedoch auch als private Sicherheitsdienstleister zum Schutz privater Firmen zur Verfügung. Die Kontrolle dieser hybriden Struktur halbstaatlicher/halbprivater Sicherheitsakteure und die Bewahrung des öffentlichen Interesses übernimmt die Security Agencies and Guards Supervision Division (SAGDS), die bei der Nationalen Polizei angesiedelt ist.

Unter der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte zwischen 2016 und 2022 kam es zur systematischen Verfolgung und rechtswidriger Tötung von Menschen. Duterte kündigte schon in seinem Wahlkampf einen „war on drugs“ und eine Verfolgung von Drogenhändler:innen an. Während seiner Amtszeit kam es nach Polizeiangaben zur Tötung von 7.000 und nach

Angaben von NGO, die auch verummte Erschießungskommandos miteinbeziehen, zur Tötung von 30.000 Menschen. Nach Angaben von Human Rights Watch (2024) befanden sich auch minderjährige unter den durch Sicherheitskräfte getöteten Personen. 2023 nahm der Internationale Strafgerichtshof das Ermittlungsverfahren bezüglich der Tötungen im Rahmen der Antidrogen-Kampagne gegen die Regierung der Philippinen wieder auf. Zu Beginn des Jahres 2025 wurden knapp 900 Polizeibeamte aus dem Dienst entlassen, und mehr als 2.700 erhielten disziplinarische Maßnahmen aufgrund von dienstlichen Vergehen.

Diversität in den Sicherheitskräften

Mit dem Women in Development and Nation Building Act von 1992 öffneten die Philippinen Frauen schrittweise den Zugang zu militärischen und polizeilichen Laufbahnen. Seit 1993 können Frauen an der Philippine Military Academy ausgebildet werden und grundsätzlich dieselben Laufbahn- und Beförderungsmöglichkeiten wahrnehmen wie Männer. Ergänzend verpflichtet die Magna Carta of Women (2009) die Sicherheitskräfte, Diskriminierung abzubauen und den Frauenanteil in Ausbildung und Rekrutierung zu erhöhen. Die Streitkräfte und Polizeibehörden verfolgen zudem eigene Gender-and-Development-Programme, richten Gender-Focal-Point-Systeme ein und berücksichtigen geschlechtsspezifische Belange in Personalpolitik, Infrastruktur und Ausbildung. Dazu zählen unter anderem Schutzmechanismen gegen sexuelle Belästigung, Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie spezielle Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen. 2011 erlangte mit Ramona Go erstmals eine Frau den Rang eines Generals, 2020 mit Luzviminda Camacho erstmals eine Frau den Rang des Commodore (entspricht Ein-Sterne- bzw. Brigadier General).

Frauen sind heute in allen Teilstreitkräften vertreten und übernehmen auch Führungs- und Einsatzfunktionen. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Hürden und geschlechterbezogene Stereotype, die den Aufstieg von Frauen insbesondere in höheren Führungsrängen erschweren. Nach Angaben der AFP dienten 2025 rund 15.000 Frauen in den Streitkräften, was etwa zehn Prozent des militärischen Personals entspricht. Ältere Angaben nennen jedoch bereits für das Jahr 2018 einen Anteil von 16,6 %. Diese Diskrepanz könnte darauf zurückzuführen sein, dass die ältere Angabe womöglich auch zivile Angestellte der AFP inkludiert. Demnach waren 2019 in den Landstreitkräften nur rund 4,4 % Soldatinnen. Unter den Offiziersrängen lag ihr Anteil hier bei 8 %, bei der Marine bei rund 14 % und bei der Luftwaffe sogar 20 %. Auch in den philippinischen Streitkräften zeigt sich jedoch eine starke Konzentration in technischen und administrativen Diensten: dort lag der Anteil weiblicher Offiziere bei 71 %. In der Polizei stellten Frauen etwa 18 % des Personals. Hier hatte bis 2023 jedoch noch keine Frau einen Rang erreicht, der dem des Brigadier Generals oder höher entspricht.

Die Philippinen gehören zu den Vorreitern im Hinblick auf die Women, Peace and Security (WPS-) Agenda. Das Land verabschiedete als erstes in Asien bereits 2010 einen entsprechenden Nationalen Aktionsplan (NAP). Der aktuelle NAP (2023 – 2033) strebt an, dass Frauen mindestens 30 % und perspektivisch bis zu 50 % der Führungspositionen in Friedensprozessen und entsprechenden Gremien besetzen. Für die Streitkräfte selbst definiert der Aktionsplan jedoch keine verbindlichen Zielwerte. Im Bereich internationaler Friedenseinsätze sind Frauen aber vergleichsweise stark vertreten: Von 29 entsandten philippinischen Militärangehörigen in UN-Missionen waren zuletzt 16 Frauen, was einem Anteil von rund 55 Prozent entspricht und die Zielvorgaben der Vereinten Nationen deutlich übertrifft.

Neben der Förderung der Geschlechtergleichstellung haben die Philippinen auch Schritte zur stärkeren Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher wie auch ethnischer Vielfalt in den Sicherheitskräften unternommen. Seit 2009 dürfen offen homosexuelle und bisexuelle Personen in den Streitkräften dienen. Seit 2017 steht der Militärdienst zudem Transgender-Personen offen; 2018 wurde erstmals eine Transgender-Person Offizier der Reserve. Gleichwohl orientieren sich einzelne dienstliche Regelungen – etwa Uniformvorschriften – weiterhin am rechtlich anerkannten Geschlecht. Eine Änderung des Geschlechtseintrags ist bisher nämlich nicht möglich. Insgesamt weisen die philippinischen Sicherheitskräfte im regionalen Vergleich aber eine vergleichsweise weitgehende institutionelle Verankerung von Gleichstellungs- und Diversitätsmaßnahmen auf.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu un-friedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waf-fen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	Treaties.un.org

Kommentar

Das Land ist den meisten internationalen Abrüstungsvereinbarungen beigetreten. Jüngst ratifizierte das Land den Arms Trade Treaty (am 24. März 2022), welcher zum 22. Juni 2022 somit in Kraft trat. Die Philippinen sind damit 111. Vertragspartei und reichten rund ein Jahr später – zum 21. Juni 2023 – den entsprechenden Initialbericht ein.

Gegen die Philippinen sind weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kul-turelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminie-rung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, un-menschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5**Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

In a historic step toward justice, Philippine authorities in March arrested former President Rodrigo Duterte for his alleged role in thousands of extrajudicial killings and transferred him to the International Criminal Court (ICC) in the Hague. Despite repeated assurances by President Ferdinand Marcos Jr. that his administration was prioritizing human rights, serious violations continued, including extrajudicial killings, enforced disappearances, and harassment and threats against activists and journalists. Government security forces implicated in abuses were rarely held accountable.

Quelle: Human Rights Watch, World Report 2026: Philippines
<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/philippines>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

The ICC detained former president Rodrigo Duterte following his arrest for murder as a crime against humanity. Killings in the context of the "war on drugs" continued. At least four journalists were killed and another detained for alleged violations of terrorism-related laws, which were also used against activists and development workers. Hundreds of people, including children, were arrested and detained following protests against corruption in flood-control projects. Online harassment by authorities created a climate of fear among young human rights defenders.

Quelle: Amnesty International Report 2026
<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für die Philippinen auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 33/60

Politische Rechte: 25/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (58/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026

The Philippines hosts a vibrant political landscape, and elections are free from overt restrictions. However, established political elites benefit from structural advantages, and problems including organized disinformation campaigns and widespread vote buying have undermined fair competition. Corruption is endemic, and anticorruption bodies struggle to uphold their mandates. Journalists and activists who are perceived as critical of the government or other powerful interests can face criminal cases and extralegal violence. Terrorist and insurgent activity continues on the southern island of Mindanao. Abuses by police and military personnel remain a concern.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/philippines/freedom-world/2026>

Kommentar

Die Philippinen sind den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Dennoch hält der Staat menschenrechtliche Grundnormen häufig nicht ein, und die Umsetzung internationaler Verpflichtungen weist weiterhin erhebliche Defizite auf. Während der jahrzehntelangen Konflikte warfen Beobachter sowohl der Regierung als auch verschiedenen Sezessionsbewegungen wiederholt schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Insbesondere im Kampf gegen kommunistische Gruppierungen begingen staatliche Kräfte zahlreiche Übergriffe. Besonders stark betroffen ist die Region Mindanao, in der seit 1972 ein bewaffneter Konflikt zwischen der Regierung und separatistischen Bewegungen andauert. Beide Konfliktparteien begingen schwere Verbrechen, darunter Massentötungen. Im Dezember 2016 nahm die Regierung in Oslo Gespräche mit der Kommunistischen Partei auf, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen, scheiterte jedoch.

Das „Red-Tagging“ bleibt trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshof, welches dieses als Bedrohung für das „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit“ erklärte, ein weitverbreitetes Problem. „Red-Tagging“ beschreibt eine Praxis bei dem der Staat Personen und Organisationen, die als Unterstützer oder Sympathisanten der kommunistischen Rebellion beschuldigt werden, schikaniert, einschüchtert und bedroht werden. Es richtet sich gegen linke Aktivist:innen, Landrechtsverteidiger:innen, Gewerkschaftsführer:innen und jugendliche Aktivist:innen und hat eine einschüchternde Wirkung auf die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit.

Rodrigo Duterte kündigte im Präsidentschaftswahlkampf 2016 an, massiv gegen Drogenkriminalität vorzugehen, und setzte diese Politik später um. Während seiner Amtszeit von 2016 bis 2022 töteten Sicherheitskräfte bei Anti-Drogen-Operationen über 5.000 Menschen; NGOs schätzen die Zahl der Opfer auf bis zu 30.000. Im März 2025 nahmen philippinische Sicherheitskräfte Duterte wegen des Verdachts auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit fest. Im Oktober 2025 übernahm der Internationale Strafgerichtshof den Fall; der Prozess soll am 23. Februar 2026 beginnen. Auch unter Präsident Ferdinand Marcos Jr. dauern rechtswidrige Tötungen mutmaßlicher Drogendeliktäter an. Das Dahas-Projekt dokumentierte

zwischen Juli 2023 und Juni 2024 insgesamt 360 drogenbezogene Tötungen, gegenüber 342 im Vorjahr. Staatliche Sicherheitskräfte waren im zweiten Amtsjahr von Marcos Jr. für 34,2 % dieser Fälle verantwortlich. Zwischen Januar und November 2025 töteten Sicherheitskräfte weitere 238 Menschen. Die fehlende strafrechtliche Verfolgung vieler Täter schafft ein Klima der Straflosigkeit, da Sicherheitskräfte selbst an Verbrechen beteiligt sind oder diese dulden. Zwar engagieren sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen für Menschenrechte, doch gewaltsame Angriffe auf ihre Büros und Mitarbeitenden behindern ihre Arbeit regelmäßig. Besonders häufig betreffen Repressionen Gewerkschaften, deren Aktivitäten Militär und Behörden überwachen.

Auch Presse- und Meinungsfreiheit stehen unter Druck. 2018 leitete die Regierung Verfahren gegen die kritische Nachrichtenseite Rappler ein und bedrohte sowie verhaftete Mitarbeitende. 2020 entzog sie dem Sender ABS-CBN die Sendelizenz. Behörden nahmen zudem Regierungskritiker:innen wie die ehemalige Justizministerin Leila de Lima fest oder klagten sie an.

Die Regierung verletzt außerdem regelmäßig die Rechte der Landbevölkerung. Im Zuge des seit 1987 bestehenden Landreformprogramms kommt es zu gewaltsamen Konflikten zwischen alten und neuen Landbesitzer:innen, während staatliche Stellen den neuen Eigentümer:innen oft keinen ausreichenden Schutz gewähren.

Die Philippinen wurden 2011 und erneut 2018 in den VN-Menschenrechtsrat gewählt und unterzogen sich dem regelmäßigen Überprüfungsverfahren. Menschenrechtsorganisationen kritisierten diese Wahl angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen im Land.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Auf internationaler Ebene haben die Philippinen alle zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Auch auf nationaler Ebene ist der rechtliche Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt vergleichsweise weit entwickelt. Mit dem Anti-Violence Against Women and Their Children Act von 2004 stellt der Staat physische, sexuelle, psychische und ökonomische Gewalt in intimen Beziehungen unter Strafe. Vergewaltigung in der Ehe ist bereits seit 1997 ausdrücklich verboten. Gleichzeitig bestehen weiterhin geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Die Philippinen gehören bspw. zu den wenigen Staaten ohne allgemeines Scheidungsrecht und auch Schwangerschaftsabbrüche bleiben strafbar.

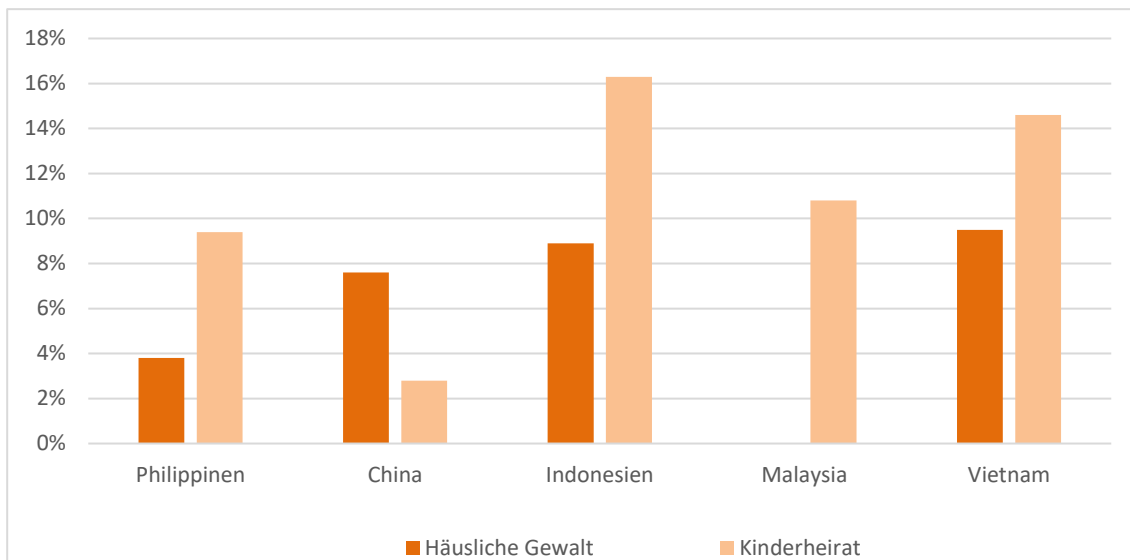
Geschlechtsspezifische Gewalt bleibt auf den Philippinen ein Problem, wenngleich sie im regionalen Vergleich recht gering ausfällt (siehe Schaubild 5). UNFPA gibt eine 12-Monatsprävalenz von 3,8 % an; die WHO schätzt diese auf 3,1 %. Die Lebenszeitprävalenz liegt demnach bei 7,2 %. Nationale Bevölkerungsumfragen kommen jedoch auf deutlich höhere Werte: Nach Angaben der National Demographic and Health Survey (NDHS) haben 17 % der Frauen mindestens einmal im Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erlebt; 12 % waren allein im Jahr 2022 betroffen. Im selben Jahr registrierten die Behörden 8.399 Fälle körperlicher Gewalt, 1.791 Vergewaltigungen sowie 1.505 Fälle sexueller Belästigung gegen Frauen, wobei von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen ist. Zudem ist auch Kinderheirat noch weit verbreitet: 9,4 % der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren

wurden vor Vollendung ihres 18. Lebensjahrs verheiratet; 1,5 % sogar vor Vollendung des 15. Lebensjahrs. Weibliche Genitalverstümmelung ist auf stark muslimisch geprägte Regionen, bspw. Bangsamoro, beschränkt – hier sind jedoch rund 80 % der Mädchen davon betroffen.

LGBTQIA+-Personen verfügen zudem über keinen umfassenden gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung. Weder existiert ein landesweites Antidiskriminierungsgesetz (regional sehr unterschiedlich) noch eine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, nicht-binärer Identitäten oder Geschlechtsangleichungen. Trotz eines relativ hohen gesellschaftlichen Akzeptanzniveaus (im regionalen Vergleich) berichten Menschenrechtsorganisationen weiterhin von Gewalt und Tötungsdelikten gegen LGBTQIA+-Personen. Auf dem Equaldex belegten die Philippinen Platz 56 von 197.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Häusliche Gewalt meint hier physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner innerhalb der letzten 12 Monate (unter 15-49-jährigen Frauen); Kinderheirat bezieht sich auf unter 18-jährige Mädchen.

Quelle: United Nations Population Fund; <https://www.unfpa.org/data>

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

During Rodrigo Duterte's presidency, spanning from May 2016 to May 2022, the Philippines underwent a notable shift toward an increasingly authoritarian political system. Presenting his governance as grounded in a law-and-order model, Duterte focused blame on drug users for various societal issues. This

approach enabled him to consolidate his power by suppressing opposition, diminishing checks and balances within the legislative and judiciary branches, and curtailing media freedoms. After six years under former President Duterte's leadership, the Filipino electorate opted not for change but for continuity in the May 2022 elections. Ferdinand "Bongbong" Marcos Jr., the son of former dictator Ferdinand Marcos Sr., secured victory with 58.8% of the votes – a record high among the six presidents elected since the 1986 People Power Revolution that ousted his father. Furthermore, Sara Duterte, the outgoing president's daughter, triumphed in the vice presidential race with 61.5% of the votes, surpassing the support garnered by any president or vice president in the last 36 years. President Ferdinand Marcos Jr. has sought to exhibit a more conciliatory leadership style compared to his predecessor. Up to this point, the Marcos Jr. administration has followed a trajectory similar to Duterte's. There have been no significant policy deviations in areas such as education, infrastructure, economy and social welfare. The anti-drug campaign has undergone some modifications but remains in place. Regarding foreign policy, the Philippines has reverted to its pre-Duterte stance, fostering closer cooperation with the United States.

[...]

The progress of both democratic and economic transformation in the Philippines faces significant impediments due to the entrenched oligarchic structures present in both political and economic spheres. The enduring dominance of various family clans, exemplified by the likes of the Marcos family, obstructs essential reforms necessary for advancing democracy and establishing a more equitable market economy. Former President Duterte did not seek to challenge these power dynamics; rather, he leveraged them to reinforce his authoritative governance style. A new dynasty, symbolized by his daughter Sara Duterte's ascent to the role of vice president, is already well in motion. Meaningful shifts in politics and economics can ultimately materialize only if a new generation of independent political leaders emerges, capable of confronting the prevailing authority of traditional clan systems and addressing the economic influence wielded by ruling dynasties.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/PHL>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielten die Philippinen 32 Punkte (2024: 33 Punkte). Damit erzielen sie genauso viele Punkte wie Angola, El Salvador und Togo. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

Spannungen und innere Konflikte

In den Philippinen bestehen zahlreiche interne Konflikte, die teilweise seit Jahrzehnten andauern. Der am längsten andauernde Konflikt ist der Mindanao-Konflikt im Süden des Landes. Im Zentrum stehen tief verwurzelte Vorurteile gegenüber der muslimischen Minderheit und der indigenen Bevölkerung. Der Konflikt hat seine Wurzeln in der Kolonialzeit, doch der bewaffnete Kampf für einen unabhängigen Staat begann 1969 infolge von Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen unter der Diktatur von Präsident Marcos.

Dieser komplexe Konflikt begann mit Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Moro National Liberation Front (MNLF), dem bewaffneten Arm des 1969 gegründeten und 1972 verbotenen Moro Independence Movement (MIM). Bis Mitte der 1990er Jahre gelang der Regierung keine friedliche Lösung, und Präsidentin Aquino setzte aufgrund

zahlreicher Putschversuche auf eine militärische Strategie. Erst Präsident Ramos handelte 1996 ein Friedensabkommen mit der MNLF aus. Dieses sah die Schaffung einer weitgehend autonomen Region in Mindanao vor, und MNLF-Chef Misuari wurde erster Gouverneur.

Während ein Großteil der MNLF den bewaffneten Kampf beendete, griffen Anhänger:innen der Moro Islamic Liberation Front (MILF) weiterhin zu den Waffen. Die MILF hatte sich bereits 1984 aufgrund interner Differenzen von der MNLF abgespalten. Sie verfolgte ähnliche Ziele, betonte jedoch stärker die Bedeutung des Islams. Die Regierung betrachtete die MILF fortan als Hauptgegner. Präsident Estrada schwächte die MILF im Jahr 2001 militärisch, konnte sie jedoch aufgrund fehlender politischer Integration nicht dauerhaft befrieden.

In der Folge wandelte sich die MILF zunehmend von einer Rebellengruppe zu einem politischen Akteur innerhalb der Autonomieregierung. Ab 2012 führten Präsident Benigno Aquino und die MILF Friedensverhandlungen, die 2014 in einem Friedensabkommen mündeten. Vier Jahre später verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das der muslimischen Bevölkerung Mindanaos weitreichende Autonomie gewährte und die „Autonome Region Bangsamoro“ schuf. Die Bevölkerung bestätigte dies 2019 in einem Referendum. Insgesamt forderte der Konflikt etwa 120.000 Todesopfer.

Derzeit regiert eine Übergangsregierung mit 80 Mitgliedern, von denen 41 der MILF angehören und 39 von der Regierung ernannt wurden. Ursprünglich geplante demokratische Wahlen im Jahr 2022 verschob die Regierung wiederholt aufgrund der Covid-19-Pandemie und organisatorischer Probleme auf März 2026. Bis Anfang 2020 legten bereits etwa 30 Prozent der ehemaligen Kämpfer:innen ihre Waffen nieder.

Neben der MNLF und der MILF ist die Abu Ssayaf Gruppe (ASG) eine weitere islamistische Rebellengruppe. Sie kämpft für die vollständige Unabhängigkeit der Region. Internationale Aufmerksamkeit erlangte sie im Jahr 2000 durch die Entführung von mehr als 20 Tourist:innen. Trotz militärischer Operationen der Regierung, die teilweise von der MILF unterstützt wurden, sowie US-amerikanischer Anti-Terror-Operationen zwischen 2002 und 2015 blieb die ASG aktiv. 2017 beteiligte sie sich gemeinsam mit Anhängern des Islamischen Staates an der fünfmonatigen Belagerung der Stadt Marawi. Militärische Maßnahmen schwächten die Gruppe in den folgenden Jahren, doch sie bleibt in Splittergruppen aktiv und stellt weiterhin eine Bedrohung für die regionale Sicherheit dar.

Ein weiterer ungelöster Konflikt besteht zwischen der Regierung und den kommunistischen Kräften des Landes. Die New People's Army (NPA), gegründet 1969 als bewaffneter Arm der Communist Party of the Philippines, kämpft weiterhin gegen das philippinische Militär. In den 1980er Jahren erreichte sie mit über 25.000 Kämpfer:innen ihren Höhepunkt. Friedensgespräche in den 1990er Jahren blieben erfolglos. Die NPA richtet ihre Angriffe gegen staatliche Institutionen, Sicherheitskräfte und politische Gegner und finanziert sich durch lokale Abgaben und internationale Kontakte.

Die Regierung verhaftete in den letzten Jahren mehrere führende Mitglieder, doch Friedensgespräche mit dem politischen Flügel, der National Democratic Front, blieben ohne Ergebnis. Präsident Duterte beendete 2017 eine zuvor vereinbarte Waffenruhe. Kritiker werfen der Regierung vor, den Konflikt zu instrumentalisieren und politische Gegner unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit der NPA zu verfolgen.

Die Regierung behauptet zwar, dass die Zahl der NPA-Mitglieder und ihr Einfluss deutlich zurückgegangen seien. 2025 war die NPA jedoch weiterhin in ihrem bewaffneten Kampf

aktiv, insbesondere in Mindanao, Bicol und Teilen der Visayas und Nord-Luzon. So schossen Rebell:innen der NPA März 2025 ein philippinischer Kampfjet mit zwei Piloten an Bord ab.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Philippinen sind ein Inselarchipel in Südostasien und umfassen 7.107 Inseln, von denen nur 880 bewohnt sind. In Norden wird das Land vom südchinesischen Meer von China getrennt, im Westen liegt Vietnam. Im Südwesten und Süden liegen Malaysia sowie Indonesien. Die Philippinen haben keine direkten Außengrenzen.

Politische Situation in der Region

Die Philippinen befinden sich mit ihren Nachbarn Malaysia und Indonesien in einer angespannten Weltregion, die sich zahlreichen Konfliktarten ausgesetzt sieht, die die allgemeine Stabilität bedrohen. So bedroht Piraterie in der Straße von Malakka und im Südchinesischen Meer die Seewege und stellt so ein Sicherheitsproblem dar; Laut dem ReCAAP ISC Annual Report 2025 wurden im Jahr 2025 insgesamt 132 Vorfälle gemeldet, davon 108 allein in der Straße von Malakka und Singapur, was einem Anstieg von 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht und den höchsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2007 darstellt.

Chinas Hegemonieansprüche in der Region führen immer wieder zu Konflikten zwischen Anrainerstaaten, insbesondere im südchinesischen Meer. Das wohl größte zwischenstaatliche Konfliktpotential besteht in dem ungelösten Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln im südchinesischen Meer, die von Brunei, der VR China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Problematisch ist, dass mit Ausnahme von Brunei alle genannten Staaten Teile des Inselarchipels besetzt halten und so eine Lösung verkomplizieren.

Die USA nimmt in der zweiten Amtszeit Donald Trump die indo-pazifische Region zunehmend in den Fokus. Ihre Strategie zielt darauf ab, Chinas Handlungsspielraum einzuschränken, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden militärischen und politischen Aktivitäten Chinas in Gebieten des Südchinesischen Meers und der Taiwanstraße. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die USA ihre Bündnisstrategien angepasst, um die Kampfkraft mit wichtigen Partnern zu verbessern; Während frühere Patrouillen nur dazu dienten, Stärke zu demonstrieren und politischen Druck auszuüben, haben die USA unter der zweiten Amtszeit Trumps auf die Entwicklung von Kampfkraft und schnellen Einsatzfähigkeiten konzentriert, um für reale Szenarien gerüstet zu sein. Typischerweise demonstrieren groß angelegte, hochgradig praktische Übungen wie Balikatan 2025 auf den Philippinen die Vorbereitung auf mögliche Konfliktsituationen. Gleichzeitig haben der Einsatz und die Ausbildung philippinischer Soldaten im Umgang mit dem Mittelstreckenraketenystem Typhon ab 2024 zum Aufbau enger Verteidigungsfähigkeiten und zur Stärkung der Abschreckung beigetragen. Im Februar 2025 stellten die USA zudem 336 Millionen Dollar für die Modernisierung der philippinischen Sicherheitskräfte, obwohl sie zuvor jegliche Zahlungen von Auslandshilfe ausgesetzt hatten.

Grenzkonflikte

Die Philippinen haben keine direkten Landgrenzen und führen daher keine klassischen Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten. Im Südchinesischen Meer bestehen jedoch erhebliche Spannungen aufgrund ungeklärter Seegrenzen und Territorialansprüche. Seit 1996 kommt es dort wiederholt zu Disputen zwischen den China und den Philippinen. China verfolgt mit seinen Gebietsansprüchen das Ziel, seine hegemoniale Stellung in der Region auszubauen.

Nach einer Phase relativer Ruhe eskalierte der Konflikt im Jahr 2011 und erreichte bis zum Sommer 2012 einen Höhepunkt. Im April 2012 kam es zu einer direkten Konfrontation an der Scarborough-Untiefe nördlich der Spratly-Inseln. Die philippinische Regierung entsandte ihr größtes Kriegsschiff in das Gebiet, während China Aufklärungsschiffe einsetzte. Diese Maßnahmen verschlechterten die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten erheblich.

Im Jahr 2016 entschied der Ständige Schiedshof über eine philippinische Klage aus dem Jahr 2013. Das Gericht bestätigte die Position der Philippinen und stellte fest, dass China keine historischen Ansprüche auf die umstrittenen Gebiete habe. China erkannte das Urteil jedoch nicht an und erklärte, sich daran nicht gebunden zu fühlen.

In der Folge verschärfte sich der Territorialstreit im Südchinesischen Meer erneut. Beide Staaten beschuldigten sich gegenseitig, absichtlich Schiffe gerammt zu haben. Manila warf chinesischen Küstenwacheeinheiten vor, Wasserwerfer gegen philippinische Kräfte eingesetzt sowie Handgreiflichkeiten mit Speeren und Messern verübt zu haben. Peking rechtfertigte das Vorgehen mit der Erklärung, chinesische Einheiten hätten lediglich notwendige Maßnahmen wie Abfangmanöver und Kontrollen durchgeführt, um die nationale Souveränität auf professionelle und zurückhaltende Weise zu schützen.

Regionale Rüstungskontrolle

Lange gab es keine gemeinsamen Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle in Südostasien. Jedoch sehen sich die ASEAN-Staaten zunehmend mit Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, die nur gemeinsam bewältigt werden können oder eine gemeinsame Position gegenüber Drittstaaten mit strategischen Interessen in der Region erfordern. Dazu finden seit 1994 regelmäßige ASEAN Regionalforen statt, bei denen neben den ASEAN-Staaten weitere Teilnehmer am Tisch sitzen. Ziel ist es, die legitime Rolle der Großmächte in der Region anzuerkennen und gleichzeitig den mittleren und kleineren Nationen die Möglichkeit zu geben, bei Diskussionen über Fragen der eigenen Sicherheit Gehör zu finden. Zudem wurde im Jahr 1997 durch die ASEAN-Staaten eine kernwaffenfreie Zone im Vertrag von Bangkok begründet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Auf den Philippinen sind wenige ausländische Truppen stationiert. So befinden sich Teile der US-Pazifikflotte im Rahmen der Operation Pacific Eagle auf den Philippinen. Die US-Armee hat derzeit insgesamt rund 200 Soldat:innen dort stationiert. Australien hat im Zuge seiner „Operation Augury“ 100 Soldat:innen auf den Philippinen stationiert.

Auch in Singapur sind 200 US-Soldat:innen stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Philippinen sind seit Jahrzehnten Schauplatz terroristischer Gewalt. Seit 1969 operieren mehrere islamistische Rebellengruppen in Mindanao, darunter die Moro National Liberation Front (MNLF), die Moro Islamic Liberation Front (MILF) und die Abu-Sayyaf-Gruppe (ASG). Die MNLF gründete sich 1971 mit dem Ziel, einen unabhängigen islamischen Staat in Mindanao zu errichten, und stellte die erste bedeutende islamistische Rebellengruppe des Landes dar. 1978 spaltete sich die MILF infolge interner Führungs- und Strategiekonflikte von der MNLF ab und setzte den bewaffneten Kampf fort, während die MNLF ihre militärischen Aktivitäten 1996 einstellte. Die ASG entstand 1991 ebenfalls aus einer Abspaltung der MNLF und gilt als kleinste, aber radikalste Gruppe. Während die MILF seit den 2010er-Jahren zunehmend politische statt militärische Mittel nutzt, verübt die ASG weiterhin Anschläge und kooperiert dabei auch mit dem sogenannten Islamischen Staat und al-Qaida.

Den am längsten andauernden extremistischer Konflikt führt der Staat gegen die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) und ihren bewaffneten Arm, die New People's Army (NPA). Im Juli 2016 leitete Präsident Rodrigo Duterte zunächst Friedensinitiativen ein, versprach die Freilassung politischer Gefangener und bot kommunistischen Vertreter:innen Regierungsämter an. Nach erneuten Angriffen der NPA auf Regierungstruppen brach Duterte die Gespräche jedoch im Juli 2017 ab. Im Dezember 2017 erklärte er CPP und NPA offiziell zu terroristischen Organisationen.

Die Vereinigten Staaten sind ein zentraler Verbündeter der Philippinen im Kampf gegen den Terrorismus. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eröffneten beide Staaten eine gemeinsame Anti-Terror-Front. Bereits 2002 unterstützten mehrere hundert US-Spezialkräfte die philippinischen Streitkräfte im Kampf gegen die ASG. Die USA leisten weiterhin militärische Hilfe, darunter ein Hilfspaket in Höhe von 27 Millionen US-Dollar im Jahr 2018 sowie Ausrüstung im Wert von 3,3 Millionen US-Dollar im Jahr 2023.

Am 17. März 2019 traten die Philippinen aus dem Römischen Statut aus und entzogen damit dem Internationaler Strafgerichtshof die formale Zuständigkeit. Der Gerichtshof untersucht dennoch weiterhin mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem sogenannten Drogenkrieg für den Zeitraum vom 1. November 2011 bis zum 16. März 2019, als das Land noch Vertragspartei war.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Auf den Philippinen ist Menschenhandel weit verbreitet. Täter beuten die Opfer sowohl im Inland als auch im Ausland aus, insbesondere in den Bereichen Online-Betrug, Glücksspiel, Landwirtschaft und Sexhandel. Die Aufdeckung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet hat zugenommen. Hauptursachen sind die hohe Internetdurchdringung und die finanzielle Notlage in armen Gemeinden. Bewaffnete Gruppen und Vertreibung fördern ebenfalls Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung, insbesondere in Mindanao. Die Philippinen stellen zwar keinen globalen Hauptknotenpunkt dar, bleiben jedoch ein bedeutender regionaler Brennpunkt des Menschenhandels.

Die Philippinen dienen zudem als wichtiger Umschlagplatz für Heroin. Kriminelle Netzwerke nutzen Kurierdienste, Flughäfen und Seehäfen für den Transport. Vor allem ausländische Gruppen mit Verbindungen zu chinesischen Syndikaten dominieren den Handel. Sie verschleiern die Drogen mit ausgeklügelten Methoden, etwa durch Verstecke in Milchkartons, Teebeuteln, Sandalen, Shampooflaschen oder präpariertem Gepäck.

Die Regierung geht äußerst hart gegen mutmaßliche Drogendealer vor. Seit seinem Amtsantritt am 30. Juni 2016 führte Präsident Rodrigo Duterte einen sogenannten „Krieg

gegen die Drogen“, der bislang mehr als 12.000 Filipinos das Leben kostete, darunter überwiegend arme Stadtbewohner. Mindestens 2.555 dieser Tötungen schrieb man der philippinischen Nationalpolizei zu. Duterte und andere hochrangige Regierungsvertreter riefen im Rahmen dieser Kampagne zu Gewalt auf, was Beobachter als mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewerten (siehe Kommentar zur [Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)).

Im Global Organized Crime Index belegen die Philippinen weltweit Rang 33 und innerhalb Südostasiens Rang 3.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Ausgeschieden	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Philippinen berichteten im Rahmen des UN-Waffenregisters bis 2008 sehr regelmäßig über Rüstungsimporte und -exporte, seitdem wurde allerdings kein Bericht mehr außer im Jahr 2013 eingereicht. Die Angaben variierten von Jahr zu Jahr hinsichtlich ihrer Qualität. Angaben im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen haben die Philippinen zuletzt im Jahr 2013 übermittelt, davor lediglich in den Jahren 2001 bis 2003 sowie 2008.

Am 24.03.2022 ratifizierten die Philippinen den Arms Trade Treaty, welcher im Juni des selben Jahres somit in Kraft trat. Als 111. Vertragspartei und erstes ASEAN-Mitglied, reichte das Land seinen Initialbericht zum 21. Juni 2023 ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete das Land seit 2003 regelmäßig über die Fortschritte dessen Implementierung.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Auf den Philippinen begünstigt die unzureichende Kontrolle der Seewege die unerlaubte Wiederausfuhr. Im Bereich der Exportkontrolle erzielte das Land Fortschritte und

konzentriert sich zunehmend auf die Verhinderung der illegalen Ausfuhr von Waffen und nuklearem Material.

Wie Indonesien, Myanmar, Vietnam, Kambodscha und Malaysia kämpfen auch die Philippinen mit intensivem Waffenschmuggel. In den vergangenen Jahren gelangten wiederholt Waffen illegal in die Hände der MILF-Milizen oder diese schmuggelten die Waffen innerhalb des Landes. Behörden nahmen Beteiligte fest und beschlagnahmten Waffen. Im Mai 2015 entdeckten Einsatzkräfte im Haus eines Schmugglers zahlreiche AK-47-Gewehre sowie mehrere Granaten und stellten sie sicher. Laut Small Arms Survey 2015 machten Schusswaffen rund 70 Prozent der zwischen 2007 und 2012 beschlagnahmten illegalen Waffen auf den Philippinen aus, Granaten etwa 13 Prozent.

Vor allem der illegale Waffenhandel zwischen den Philippinen und Indonesien floriert, da beide Staaten über weitläufige und schwer kontrollierbare Seegrenzen verfügen. Insbesondere die Rebellengruppen MILF, NPA und ASG beteiligen sich an diesem Handel. Auch innerhalb des Landes existiert ein aktiver Markt für nicht registrierte Waffen. Viele dieser Waffen gelangen in die muslimisch geprägte Konfliktregion Mindanao und fallen dort in die Hände von Rebellengruppen.

Die Philippinen zählen traditionell zu den Abnehmern von H&K-Waffen. Korrupte Angehörige von Armee und Polizei brachten zahlreiche dieser Waffen auf den Schwarzmarkt. Nach Angaben des Small Arms Survey schätzt die philippinische Regierung die Zahl illegaler Waffen auf mehrere Hunderttausend. Gleichzeitig registrierten die Behörden rund eine Million legale Waffen. Die Regierung beziffert die Zahl illegaler Waffen auf etwa 800.000. Deshalb verabschiedete sie 2014 ein Gesetz, das den Besitz illegaler Waffen strenger bestraft und den Waffenschmuggel eindämmen soll.

Die Ratifikation des ATT zeigt, dass die Philippinen in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielten. Zuvor hatte der Staat den Vertrag nicht ratifiziert, weil die Integration notwendiger Systeme und Rechtsvorschriften Probleme bereitete. Seit 2015 erzielte die Regierung jedoch Fortschritte, unter anderem mit Unterstützung des European Union Outreach Programme und eines vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) durchgeführten Programms zur technischen Unterstützung von Ausfuhrkontrollsystemen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In recent years, the Philippines has grappled with the challenges posed by the COVID-19 pandemic to its socioeconomic landscape. Under the Duterte administration, a COVID-19 task force dominated by police and military personnel adopted a forceful, security-oriented approach, often overlooking health considerations. This approach contributed to the Philippines recording the fifth-highest count of reported COVID-19 fatalities in Southeast Asia. The imposition of stringent and prolonged lockdowns resulted in a severe negative GDP growth rate of -9.5% in 2020, marking the region's most pronounced economic decline and one of the steepest in Asia. However, the subsequent years (2021 and 2022) suggest potential for a relatively robust recovery. The country boasts a stable banking sector, a moderate approach to

financial and monetary policies, and some incentives for foreign direct investment, although these remain insufficient at present. Expert forecasts unanimously predict substantial economic expansion for the Philippines in the years ahead. Nevertheless, the persistent challenges of poverty and inequality continue to loom large.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/PHL>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

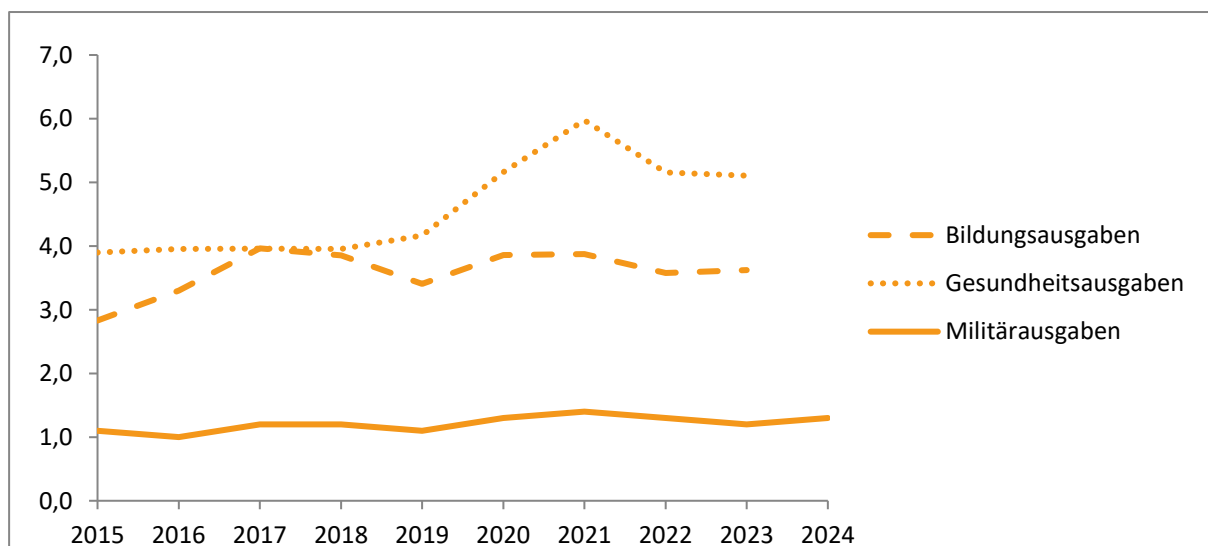
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4879	5505	5524	5143	6097
Militärausgaben/BIP	1,3	1,4	1,3	1,2	1,3
Gesundheitsausgaben/BIP	5,2	6,0	5,2	5,1	-
Bildungsausgaben/BIP	3,9	3,9	3,6	3,6	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	83649	98504	106450	111233	121402
Anteil am BIP (in Prozent)	22,2	27,2	27	27,5	27,8
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	764,87	1261,73	1378,85	1481,22	-
Net ODA (% of GNI)*	0,2	0,35	0,38	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	32,02	31,34	16,58	27,11	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	63,1	63,8	63,4	60,8	64,6
Index-Platzierung	123	121	118	126	123

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
China	Militarisierungswert	82,6	81,9	77,3	78,0	81,9
	Index-Platzierung	97	99	102	104	97
Indonesien	Militarisierungswert	64,4	58,0	62,2	66,2	65,1
	Index-Platzierung	122	129	120	117	120
Malaysia	Militarisierungswert	82,6	82,1	80,6	77,2	77,1
	Index-Platzierung	98	97	97	106	103

		2020	2021	2022	2023	2024
Vietnam	Militarisierungswert	138,1	135,1
	Index-Platzierung	34	36

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
China	Militärausgaben (absolut)	259923	266692	278474	296821	317561
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	1,6	1,7	1,7
Indonesien	Militärausgaben (absolut)	9856	8926	10236	11259	11214
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3383	3543	3639	3925	4217
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0
Vietnam	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,708	0,699	0,690	0,714	0,720
HDI-Wert (Männer)	0,707	0,707	0,707	0,707	0,707
HDI-Wert (Frauen)	0,706	0,696	0,686	0,711	0,709
GDI-Wert	0,999	0,994	0,999	1,002	0,984

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](https://data.bancomundial.org/indicadores/SH.UV.CD)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

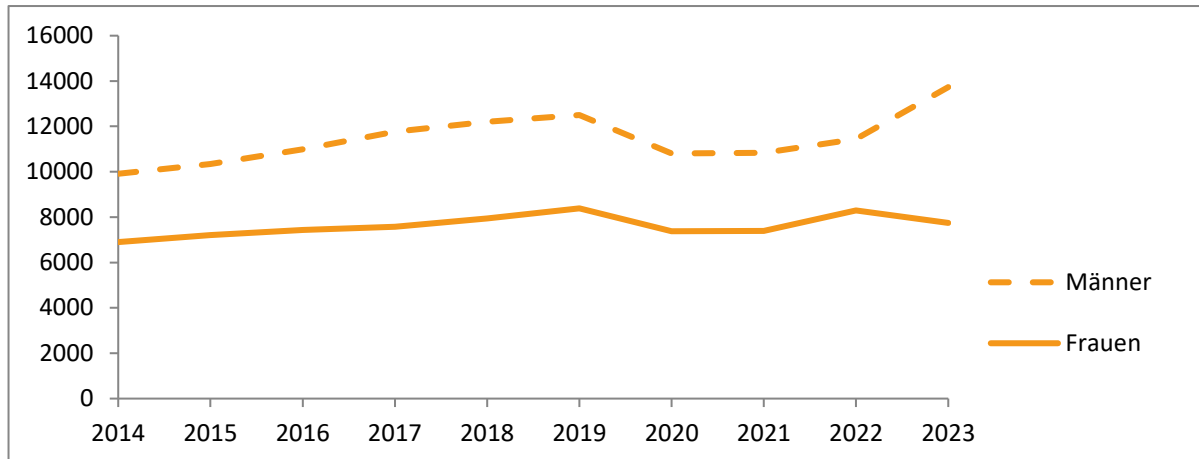
Frauen in Wirtschaft und Politik

Die Philippinen erreichen mit einem Gender Development Index (GDI) von 0,984 ein sehr hohe Geschlechtergleichheit hinsichtlich wichtiger Entwicklungsindikatoren. Frauen und Männern weisen im HDI nur geringe Unterschiede auf (Frauen: 0,709; Männer: 0,721). Der GDI setzt diese Werte – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen – ins Verhältnis zueinander; ein Wert von 1 steht für vollständige Gleichstellung. Der GDI verdeutlicht insbesondere die weitgehend vergleichbaren Voraussetzungen im Bildungsbereich, die leicht zugunsten von Frauen ausfallen. Frauen besuchen mit durchschnittlich 10,2 Schuljahren Bildungseinrichtungen 0,4 Jahre länger als Männer (9,8 Jahre). Auch die Alphabetisierungsraten unterscheiden sich kaum (Männer: 98 %; Frauen: 97 %).

Bei der Erwerbsquote zeigen sich hingegen deutliche Unterschiede: 2025 nahmen 50 % der Frauen am Arbeitsmarkt teil (globaler Durchschnitt: 49 %) und damit deutlich weniger als Männer mit 68 %. Diese Differenz spiegelt sich im Pro-Kopf-Einkommen wider (siehe Schaubild 7). Frauen erreichen ein kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen von 7.744 US-Dollar, während Männer mit 13.732 US-Dollar ein um 5.988 US-Dollar höheres Einkommen erzielen. Die Philippinen weisen damit insbesondere wirtschaftliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf. Der GDI fällt dennoch relativ hoch aus, da Frauen mit 72,8 Jahren eine deutlich höhere Lebenserwartung erreichen als Männer mit 66,9 Jahren.

Frauen bleiben zudem in politischen Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Sie stellen nur 17,4 % der Kabinettsmitglieder (4 von 23 Ministerien), 28,0 % der Abgeordneten im Parlament (86 von 307) und 30,4 % der Senatsmitglieder (7 von 23). In der Privatwirtschaft sind Frauen hingegen stark vertreten: Mit 43,4 % der Top-Management-Positionen erreichen die Philippinen den sechstöchsten Wert weltweit. Insgesamt ergibt sich ein differenziertes Bild: Während Frauen politisch weiterhin marginalisiert sind, nehmen sie im internationalen Vergleich eine starke Position in wirtschaftlichen Führungsfunktionen ein – trotz geringerer Erwerbsbeteiligung und damit einhergehender niedrigerer Durchschnittseinkommen.

Das Weltbankprogramm World Bank Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie staatliche Unterstützungsstrukturen zur Gleichstellung. Die Philippinen erreichen im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen 73 von 100 Punkten und liegen damit über dem globalen Durchschnitt (67). Die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen erreichen somit ein mittleres bis gehobenes Niveau. Die unterstützenden Rahmenbedingungen erzielen 77 Punkte und übertreffen den weltweiten Durchschnitt von 47 deutlich, was auf ein hohes Niveau flankierender staatlicher Maßnahmen hinweist. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung beträgt 54 von 100 und liegt nur leicht über dem globalen Mittelwert von 53. Insgesamt verfügen die Philippinen also über solide rechtliche und institutionelle Unterstützungsmaßnahmen, während bei der praktischen Umsetzung weiterhin Verbesserungsbedarf besteht.

Schaubild 7**Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)**

Quellen: Gender Development Index; <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/PHL>

Zusammenfassung zu Kriterium 8:

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.470 US-Dollar gelten die Philippinen als „lower-middle income country“. Aufgrund stabiler BIP-Wachstumsraten könnte das Land in naher Zukunft aber zu einem „upper-middle income country“ aufsteigen. Der Staat weist keine außergewöhnlich hohe Auslandsverschuldung oder besondere Abhängigkeiten (etwa von Entwicklungsgeldern oder speziellen Wirtschaftssektoren) auf. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig diversifiziert, wettbewerbsfähig und als relativ krisenfest.

Soziale Stressoren sind wenig ausgeprägt. Vulnerabel sind die Philippinen jedoch in Bezug auf Naturkatastrophen. Auch die soziale Entwicklung liegt mit einem HDI-Wert von 0,720 am unteren Ende der Klasse der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben sind mit 5,1 % bzw. 3,6 % am BIP nicht als besonders hoch – im Vergleich mit den ebenfalls niedrigen Militärausgaben (1,3 %) aber auch nicht als unangemessen niedrig. Im Globalen Militarisierungsindex belegt das Land somit den 123. Platz und gilt somit als sehr schwach militarisiert.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.470 US-Dollar pro Kopf zählen die Philippinen zu den „lower-middle income economies“. Mit einer Auslandsverschuldung von 27,8% (gemessen am BIP) weist das Land keine außergewöhnlich hohen Schulden auf und nahm seit der letzten Schuldentilgung beim Internationalen Währungsfonds im Jahr 2006 keine weiteren Kredite mehr bei diesem in Anspruch. Im World Competitiveness Index, der 69 Länder listet, belegten die Philippinen den 51. Rang. Im Global Economic Diversification Index liegt das Land knapp im vorderen Drittel. Forst-, Landwirtschaft und Fischerei machen rund 9,1 % des BIPs aus und stellen somit keinen Vulnerabilitätsfaktor dar. Ein wichtiger Sektor ist der Exportsektor, der rund 26,7% des BIPs ausmacht und insbesondere durch Wirtschaftsdienstleistungen (ca. 28 %) und Elektronikartikel (ca. 15 %) geprägt ist. Daneben gilt der

Exportsektor aber als stark diversifiziert, weshalb auch hier keine besondere Abhängigkeit von einzelnen Bereichen besteht und was auf eine gewisse Resilienz hinweist. Die Philippinen weisen zudem seit Jahren stabile Wachstumsraten auf (durchschnittlich 4,8% BIP-Wachstum in den letzten 10 Jahren) und verzeichnen eine wachsende Mittelschicht. Die Covid-19 Pandemie stellte zwar einen enormen Schock für die Wirtschaft dar (Einbruch um 9,5 %), diese konnte sich jedoch sehr schnell wieder erholen. Es ist anzunehmen, dass die Philippinen in den kommenden Jahren die Schwelle zu der Gruppe der „upper-middle income economies“ (ab 4.496 Dollar Bruttonationaleinkommen pro Kopf) überschreiten wird.

Eine grundsätzlich größere Gefahr für die Philippinen sind Naturkatastrophen. So sollen rund 60% der Landfläche bzw. 74% der Bevölkerung Gefahren wie Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürmen, Erdbeben und ähnlichem ausgesetzt sein. Insbesondere Stürme dürften (durch die Lage im nordwestpazifischen Becken) im Zuge des Klimawandels zunehmen. Im Climate Risk Index 2025 belegten Philippinen den 7 Platz, aufgrund der hohen Zahl der Betroffenen pro 100.000 Einwohner und der hohen absoluten wirtschaftlichen Verluste.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,720 liegen die Philippinen über dem Schwellenwert von 0,700, um nach den HDI-Kategorien als Land mit „hoher Menschlicher Entwicklung“ zu gelten. Damit liegt es etwas unter dem regionalen Durchschnitt. Zum Vergleich: Malaysia erreicht einen Wert von 0,819, Vietnam 0,766 und Indonesien 0,728. Deutschland erreicht einen Wert von 0,959. Im Gender Development Index erlangen die Philippinen einen Wert von 0,984, was bedeutet, dass beide Geschlechter in annähernd gleichem Maße von der Entwicklung des Landes profitieren, doch hat sich die Geschlechtergerechtigkeit im Vergleich zum Vorjahr etwas verschlechtert. Noch im Vorjahr galten beide Geschlechter als Gleichberechtigt mit einem Wert von 1,002. Regional gesehen zählen die Philippinen als Vorreiter. Mit einem Gini-Index von 40,7 sind die Einkommen grundsätzlich aber recht ungleich verteilt (ein Wert ab 45 gilt als sehr bedenklich). Gelder der Offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) machen 2021 rund 0,38 % des BNE aus. Hier bestehen demnach keine Abhängigkeiten.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegen noch große Hürden vor den Philippinen – so belegt es derzeit den 87. von 167 Plätzen im SDG Index Ranking. Nur bei einem der 17 Ziele befinden sich die Philippinen auf dem Weg zur Zielerreichung bis 2030; lediglich ein Ziel (nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) gilt bisher als erreicht. Rund 26,6% der entsprechenden Indikatoren scheinen gar zu stagnieren oder leicht rückläufige Tendenzen aufzuweisen. Insbesondere beim Ziel 13 „Climate Action“ ist ein negativer Trend angegeben.

2023 lebten noch rund 5% der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze (3,00 PPP-Dollar am Tag). Da dieser Wert im Jahr 2006 jedoch noch bei 26,1% lag ist aber eine klar positive Entwicklung zu erkennen. Allgemein konnten einige Kennziffern (bspw. Lebenserwartung, durchschnittliche Schuldauer, Pro-Kopf-Einkommen) in den vergangenen Dekaden deutlich verbessert werden. Auch in anderen Bereichen verzeichneten die Philippinen positive Entwicklung. Die Lebenserwartung bei der Geburt liegt mit 70 Jahren nur knapp unter dem globalen Durchschnitt von 73. Die Alphabetisierungsquote mit 98% (weltweiter Durchschnitt: 87 %), die Kindersterblichkeit von unter 5-Jährigen mit 14 pro 1.000 und die Müttersterblichkeit mit 84 pro 100.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 17 bzw. 197) schneiden sogar besser als der globale Durchschnitt ab. Arbeitslosigkeit und

Jugendarbeitslosigkeit gelten mit 2,4 % bzw. 7,0 % hingegen als sehr niedrig. Weitere soziale Stressoren – wie eine überdurchschnittliche Zu- oder Abwanderung, Bevölkerungswachstum, eine alternde Gesellschaft o.ä. – sind nicht gegeben.

Mit durchschnittlich 3,6 % Bildungs-, bzw. 4,6 % Gesundheitsausgaben (gemessen am BIP) in den vergangenen zehn Jahren, liegen die sozialen Aufwendungen deutlich höher als die Militärausgaben von durchschnittlich 1,2 %. Im Globalen Militarisierungsindex belegt das Land somit den 123. Platz und gilt somit als sehr schwach militarisiert.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

